



Indem er die Einsetzung eines Tarifunterausschusses, der die Tariffragen der Straßenbahn-Gesellschaften erörtern sollte, beantragte und entgegen dem vorjährigen Beschluß auch erlangte. Diefem Tarif-Unterausschuß ging dann eine Denkschrift des Verbands-Direktors über die Groß-Berliner Verkehrsreform vom 17. Juli 1916 sowie endlich das von der Straßenbahn-Gesellschaft extrahierte Gesuch vom 20. Juli zu. Die Denkschrift des Verbands-Direktors, die nach verschiedenen Richtungen ein seltsames amtliches Dokument ist, tritt zunächst schützend die Gesellschaft, der bescheinigt wird, daß sie „keine Neigung haben könne, ihr Unternehmen zu veräußern“, „daß sie, trotz des starken Verkehrs, nur eine niedrige Dividende abwerfe“ (selbst jetzt während der Kriegsjahre 6 Proz.), daß „sie nach dem Kriege mit einer Fülle neuer Anforderungen an ihre Finanzen zu rechnen habe, und daß ihr durch die Konkurrenz-Unternehmungen außerordentlich große Ausfälle drohen“, daß ihr Unternehmen durch vertragliche Leistungen an Berlin „dauernd auf das stärkste geschwächt worden sei“, „daß mit einer bloßen Ermäßigung der gegenwärtigen Abgaben der Gesellschaft ausreichend nicht geholfen werden könne“ ufm. Sodann charakterisiert die Denkschrift sich als Streitgespräch schroffer Art gegen Berlin, das angeblich „lediglich mit dem Recht des Stärkeren“ in den vertraglich ausbedungenen Nettoabgaben „einen Wegezoll“ von den Bororten erhebe, der nicht länger zu ertragen sei und beseitigt werden müsse, und erklärt schließlich fast alle vertraglichen Rechte Berlins gegenüber der Gesellschaft als praktisch ohne Bedeutung.

Im Gesuch der Großen Straßenbahn wird die Genehmigung eines Einheitstarifs zu 13 Pf. für Bündelfahrtscheine, zu 15 Pf. für Einzelfahrtscheine, zu 20 Pf. für Umsteigefahrtscheine und Erhöhung der Zeitkartenpreise um 25 Proz. ohne Steuer erbeten, „da die Einnahmen aus einem Stredentarif, wie im Vorjahr beantragt, nicht mehr ausreichen würden, um das Unternehmen auf eine gesunde Unterlage zu stellen“. Die Arbeiterwochenarten sollten auch diesmal nicht erhöht werden. Die gewünschten Tarifierhöhungen würden, wie in einem früheren Artikel im einzelnen dargelegt ist, eine jährliche Belastung der Groß-Berliner Bevölkerung von etwa 10—12 Millionen Mark ergeben. Der Höcker der Belastung der Arbeiterwochenarten auf ihrer gegenwärtigen Höhe zerfällt in nichts, wenn man weiß, daß der Gesamteinnahme von einigen 10 Millionen Mark eine Einnahme aus Arbeiterwochenarten in Höhe von etwa 60 000 M. gegenübersteht!

Die Beratungen des Tarif-Unterausschusses wandten sich nicht der Erörterung von Tariffragen, sondern auf Betreiben des Verband-Direktors trotz aller entgegenstehenden geschäftlich-ordnungsmäßigen Bedenken gleich der Uebernahme auf Grund eines Vorortvertrages, im weiteren dann dem freihändigen Ankauf des Unternehmens zu, und verdrängten sich schnell zu entsprechenden Beschlüssen. So ging also das Bestreben einflussreicher Kreise im Verband dahin, in aller Eile und Stille den folgenschwersten Schritt, den der Verband nach seinen gesetzlichen Kompetenzen überhaupt unternehmen kann, soweit zu tun, daß das Hauptorgan Groß-Berlins, die Verbandsversammlung, sich untermittelt vor eine Tatsache gestellt sah, die kaum oder nur unter den größten Widerständen rückgängig zu machen war. Das geschah, trotzdem alle Erwägungen dafür sprechen, jetzt mitten im Kriege die Dinge ruhen zu lassen und zunächst die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten. Diese Entwicklung wird mit höchster Wahrscheinlichkeit einen Weg gehen, der zwar den Aktionären der Gesellschaft jetzt den Verkauf des Unternehmens erwünscht machen, aber einer öffentlichen Körperschaft, wie dem Verband, die denkbar größte Vorsicht auferlegen müßte.

Jahrzehnte hindurch hat die Gesellschaft in ungehörtem Ausmaß riesige Gewinne gemacht. Jetzt nach dem Krieg wird ihre kritische Zeit beginnen. Die Ausdehnung des Netzes der Hochbahn-Gesellschaft und der Berliner Städtischen Straßenbahnen, die neuen Schnellbahnen der A. E. G. und der Gemeinden Berlin-Neukölln (Nord-Süd) ufm., sowie endlich die mit Sicherheit zu erwartende große Entwicklung des Auto-Omnibus-Verkehrs werden für die Gesellschaft eine außerordentliche Konkurrenz gegenüber ihrem jetzigen Stande entstehen lassen. Es kommt neben anderem hinzu, daß das Unternehmen teils mit, teils ohne Schuld der Gesellschaft seit Jahren in Verfall geraten ist und sich in schlechtem Zustand befindet, sowie daß das männliche Personal nach der Heimkehr vom Feld sich nicht mit den Lohnjahren des weiblichen Ausfühlspersonals begnügen kann. All dieser schweren Sorge würde die Gesellschaft bei einem Verkauf jetzt mit einem Schlag überhoben sein, denn selbstverständlich würde sowohl bei der Uebernahme auf Grund eines Vorortvertrages, wie bei dem freihändigen Ankauf in erster Reihe der jetzige Stand des Unternehmens für die Preisbemessung maßgebend sein. Aus Aktionärkreisen ist ja denn auch bereits in der Öffentlichkeit betont worden, daß Freunde wie Gegner des Projekts sich auf jeden Fall davor hüten müßten, die Höhe der Kaufsumme zu unterschätzen.

Die Hoffnung also, die in manchen Kreisen vielleicht gehegt wird, daß nämlich der Erwerb durch den Verband die Groß-Berliner Bevölkerung vor einer Tarifierhöhung bewahren würde, wird sich als trügerisch erweisen. Im Gegenteil. Der Erwerb durch den Verband wird eine Tarifierhöhung in baldiger, sicherer Folge haben. Der Schornstein des Verbandes soll und muß rauchen. Schon heute sind den einzelnen Verbandsgliedern hohe Gewinne aus dem Betriebe laufend vor Augen geführt, und der Standpunkt der Direktion der Gesellschaft, daß das Unternehmen als notleidend zu betrachten sei, solange es nicht dauernd 8 Proz. Dividende abwerfe, wird leider von einflussreichen Stellen im Verband ungeschwächt geteilt! Da der Verband bezüglich einer Tarifierhöhung weit mehr Macht besitzt als die Gesellschaft, käme das Publikum vom Regen in die Traufe.

Es kommt weiter hinzu, daß die Lasten, die auf dem Unternehmen auch nach dem Erwerb durch den Verband infolge der vertraglichen Verpflichtungen zu Berlin, Charlottenburg ufm. ruhen, noch gänzlich ungeklärt sind. Der Erwerb käme also dem Kaufe eines Hauses zu hohem Preise gleich, bei dem der Erwerber nicht vorher sich vergewissert, mit welchen Hypotheken das Haus belastet ist.

Auch die materielle Belastung der Kommunen durch die ungeheuren Summen, die beim Erwerb in Frage stehen, kann gerade in der jetzigen Zeit nicht leicht genommen werden. Seit Jahren ist es das unausgesetzte Streben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, in ihren Kommunen die Kriegsjahresjorge mit ihren zahlreichen Verastelungen möglichst gut und erfolgreich auszugestalten und alle Mittel in erster Reihe diesem Zwecke zuzuführen. Die Uebernahme des Unternehmens unter den jetzigen gänzlich unübersichtlichen Verhältnissen käme einer Sanierung der Gesellschaft zu Lasten der Kommunen gleich, zu der für sozialdemokratische Gemeindevertreter nicht der mindeste Anlaß vorliegt.

So führen alle Erwägungen dahin, alle Tarif- und Uebernahmserörterungen, die miteinander aufs engste verflochten sind, ruhen zu lassen bis mehrere Jahre nach Friedensschluß, wo die Verhältnisse sich geklärt haben und zu übersehen sind. Diesen Standpunkt hat das sozialdemokratische Mitglied des Verbandsausschusses von Beginn an vertreten, ohne daß es ihm trotz der Unterstützung durch andere möglich gewesen wäre, seiner Auffassung zum Durchbruch zu verhelfen. Nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung ist noch eine Wendung zu erwarten. Die Öffentlichkeit hat ein unbedingtes Recht darauf, von so folgenschweren Plänen, bevor sie weiter gefördert werden, Kenntnis zu erhalten, und die Verbandsversammlung muß, wie sie vor Beginn der ganzen Aktion hätte gehört werden müssen, mindestens jetzt Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Stellungnahme erhalten.

Alle die angeführten Gründe gegen die alsbaldige Uebernahme können schließlich auch durch den Einwand nicht erschüttert werden, daß sozialdemokratische Gemeindevertreter unter allen Umständen die Verbandsregie dem jetzigen Zustande vorzuziehen hätten. Schon das noch beste Verbandsorgan, die Verbandsversammlung, ist alles, nur keine richtige Vertretung der Groß-Berliner Bürgerschaft. Serborgegangen aus Wahlen, welche die selber auf Grund eines Klassenwahlrechts gewählten Gemeindevertretungen (in den Städten die beiden Gemeindebehörden gemeinsam, in den Landkreisen die Kreisräte) vorzunehmen haben, fehlt der Verbandsversammlung jede direkte Beziehung zwischen den eigentlichen Wählern und den Gewählten sowie jeglicher Impuls, die Interessen des Ganzen über die der eigenen Gemeinde zu setzen. Noch schlimmer ist es um das zweite Verbandsorgan, den Verbandsausschuß bestellt, der durch den Verbandsdirektor die ganze laufende Verwaltung zu führen hat. Dieser Ausschuß ist eine lediglich bürokratische Behörde, in der zurzeit unter 19 Beamten nur drei nichtbeamtete Mitglieder sitzen, die aber auch den Beamten zu leisten hatten. Selbst der kleinste Unter-Unterausschuß des Verbandsausschusses ist außerstande, ohne Hinzutritt von Vertretern der städtischen Ausschüßinstanz zusammenzukommen, so daß, ganz abgesehen von der Natur der gegenwärtig amtierenden Persönlichkeiten, für den Kenner der Verhältnisse Verband und Selbstverwaltung sich vollkommen ausschließende Begriffe sind.

Liegen also, wie im vorliegenden Falle, die schwerwiegendsten wirtschaftlichen Gründe gegen eine Uebernahme vor, so kann der Umstand, daß die Uebernahme durch den Verband erfolgen soll, sicherlich nicht dazu beitragen, für sozialdemokratische Gemeindevertreter das Gewicht solcher Gründe abzuschwächen. In allen Gemeindevertretungen Groß-Berlins sollten daher die sozialdemokratischen Vertreter dahin zu wirken bestrebt sein, daß die Angelegenheit bis nach Eintritt geregelter Friedensverhältnisse zu ruhen hat.

## Die griechischen Wirren.

### Die Herabsetzung der griechischen Heeresstärke.

Bern, 25. Oktober. (B. Z. V.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Der französische Gesandte ist gestern vom König empfangen worden. Die Audienz wird in ministeriellen und entente-freundlichen Kreisen günstig besprochen. Die griechische Regierung hat beschlossen, ungefähr 60 000 Mann zu entlassen, so daß nur 20 000 Mann unter den Waffen bleiben. Ein diesbezügliches Dekret soll umgehend veröffentlicht werden. Weitere Maßnahmen zur Erledigung der Forderungen Sarraills und Journets werden folgen. Auch die im Epirus stehenden Truppen sollen auf Friedensstärke verringert werden.

### Die Herausziehung der Truppen aus Thessalien.

Bern, 25. Oktober. (B. Z. V.) „Journal“ meldet aus Athen: Die augenfälligste Tatsache ist heute die Wendung in der öffentlichen Meinung, die durch die den Ältesten zugewandene Absicht verursacht wurde, eine Verbringung der in Thessalien befindlichen Truppen nach dem Peloponnes zu verlangen. Der gesamten Regierungspresse ist diese Maßnahme unzulässig, da die Regierung sonst gegenüber der von Venizelos zurzeit in Thessalien eingeleiteten Bauernbewegung machtlos würde.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 25. Oktober. (B. Z. V.) Bericht vom 25. Oktober.

**Mazedonische Front.** Es ist keine Aenderung in der Lage eingetreten. Südlich vom Prespa-See auf dem Wege zwischen der Drischast Jzvezda und dem Orte Viskistro kam es zwischen unserer Kavallerie und feindlichen Aufklärungsabteilungen zu einem Zusammenstoß.

Auf der ganzen Front vom Prespa-See bis zum Megätschen Meer schwacher Artilleriekampf und Gesechte zwischen Aufklärungsabteilungen.

An der Küste des Megätschen Meeres hat ein feindliches Torpedoboot die Küste westlich von Maronia erfolglos beschossen.

**Rumänische Front.** In der Dobrudscha verfolgen die verbündeten Truppen den Feind. Am Abend des 24. dieses Monats erreichten sie die Linie Tschablu-See—Höhe 177 (westlich der Drischast Eteb)—Dorabantu—Loktomat—Höhe 126 bei Tescea—Höhe 114—Höhe 107—Mouila—Moffu—Drepa—Kofuleni. Heute früh hat die 1. Infanteriedivision (Sofia) Cernavoda genommen; die Verfolgung dauert fort.

Die in Constanza gemachte Beute ist beträchtlich. Sie beträgt 500 Waggons und mehrere Lokomotiven (der Bahnhof ist unbeschädigt geblieben), zahlreiche Petroleumbehälter, fast sämtlich gefüllt, Schuppen am Hafen und Magazine, gleichfalls mit Waren gefüllt, und im Hafen selbst eine Flotte von siebzehn türkischen Fahrzeugen, die von den Rumänen zurückgehalten worden war.

Längs der Donau Ruhe.

## Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. Oktober. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 25. Oktober.

**Tigrisfront:** Wir beunruhigten den Feind durch unser wirksames Feuer. Am 22. Oktober abends unternahmen wir einen überraschenden Angriff gegen ein englisches Lager, das sich in der Gegend von Schüschad befindet. Im Laufe dieses Angriffs drangen unsere Truppen zusammen mit freiwilligen Kriegeren in die Schützengräben des Feindes ein und lehrten dann siegreich zurück, nachdem sie eine Menge Waffen und Kriegsmaterial erbeutet hatten.

**Kaukasusfront:** Bei unserer Vorhut fanden Schammügel statt. Wir machten noch einige Gefangene. Von den übrigen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Unsere Truppen und die Truppen der Verbündeten, die am 25. Oktober die Verfolgung des geschlagenen Feindes fortsetzten, zogen am 26. Oktober morgens zusammen in Cernavoda ein. Einzelheiten fehlen noch.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

## Die feindlichen Heeresberichte.

### Der französische Tagesbericht.

Vom 25. Oktober nachmittags. (B. Z. V.) Nördlich von Verdun machten die Deutschen zwei Gegenangriffe auf die Flügel der neuen französischen Front. Der eine am späten Abend gegen die Steinbrüche von Haubromont wurde abgeschlagen, der andere heute morgen um 5 Uhr gegen die Batterie von Damloup scheiterte gleichfalls. Das ganze von den Franzosen eroberte Gelände wurde vollständig behauptet. Die Säuberung des Forts Douaumont wurde im Laufe der Nacht beendet, der Kommandant des Forts wurde gefangen genommen.

**Orientarmee.** An der ganzen Front zeitweilig ausgedehnte Geschützfeuer. Kein Infanteriegefecht außer im Zentrum, wo deutsche Gegenangriffe im Gebiet von Balulovo durch das Feuer der Artillerie gedrohen wurden. Zwei feindliche Flugzeuge wurden infolge von Kämpfen mit Fliegern der Alliierten gezwungen, beschädigt niederzugehen. In der Gegend von Koriga Premeti (Sabalbantien) nahm die Kavallerie der Salonikarmee Fühlung mit der Kavallerie der italienischen Abteilung von Balona.

Vom 25. Oktober abends. (B. Z. V.) Nördlich von Verdun unternahm der Feind nacheinander drei Gegenangriffe auf die Gegend Haubromont—Douaumont, keiner dieser Angriffe glückte und unsere Front wurde vollständig behauptet. Deslich vom Jamin-Walde und nördlich von Chenois machten wir im Laufe des Tages weitere Fortschritte. Die Zahl der bis jetzt gefallenen unverwundeten Gefangenen übersteigt 4500. Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

**Lufkrieg.** Im Laufe des 25. bombardierten elf englische Bombardierungsflugzeuge, die von fünf Schützfliegern begleitet waren, von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags die Hochöfen von Hagendingen, auf die sie 1900 Kilogramm Geschosse abwarfen. Infolge dieser Unternehmung erregten sich mehrere Brände. Die Flieger konnten feststellen, daß das in der vorhergehenden Nacht von französischen Fliegern an derselben Stelle ausgeführte Bombardement gute Ergebnisse gehabt hatte. Das Ziel schien stark beschädigt zu sein.

Belgischer Bericht. Nichts Besonderes.

### Die englische Meldung.

Vom 25. Oktober. (B. Z. V.) Während des ganzen gestrigen Tages schwerer Regen. Während der Nacht war die feindliche Artillerie nördlich von Courcellette an der Straße von Pozieres—Vapaume sehr tätig.

Vom 25. Oktober abends. (B. Z. V.) Unhaltender Regen während des größeren Teiles des Tages. Südlich der Ancre war die feindliche Artillerie tätig, besonders in der Nachbarschaft von Le Sars—Caucourt l'Abbaye. An den übrigen Stellen unserer Front beiderseitiges zeitweiliges Geschützfeuer.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 25. Oktober. (B. Z. V.) Die Artillerietätigkeit war gestern anfangs durch schlechtes Wetter behindert, dennoch war sie ziemlich lebhaft an der jüdischen Front, wo wir die Sammelstellen der feindlichen Reserven bei Durio, Vestrovizza und Comeno beschossen. Auf dem Karst hat unsere Infanterie in überraschendem sprungweisen Vorgehen unsere Front in verschiedenen Abschnitten nach vorn zu verbesert.

Rom, 26. Oktober. (B. Z. V.) Während des gestrigen Tages Artilleriekämpfe in der Zone von Lagazuoi (Trabenanjestal—Voite), östlich von Görz und auf dem Karst. Am nachmittag verstärkte der Gegner sein Feuer auf unsere Linien östlich von Görz, aber er unternahm keinen Angriff. Einige Geschosse fielen auf die Stadt nieder, wo sie einige Opfer verursachten. Cadorna.

### Der russische Kriegsbericht.

Vom 25. Oktober. (B. Z. V.) Westfront: Südlich von Dorna-Watra vertrieben unsere vorgeschobenen Abteilungen den Feind aus einer Reihe von Höhenstellungen. Wir machten Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre.

**Kaukasusfront:** Die Versuche unbedeutender türkischer Kräfte, unsere Abteilungen westlich Guemisakhan anzugreifen, wurden durch unser Feuer abgehalten.

**Rumänische Nordfront:** Der Feind griff die rumänischen Truppen bei Bredeal, 18 Werst südlich von Kronstadt, im Tirgulus-Tale bei Kimpolung und im Cles-Tale an und zwang sie, sich etwas zurückzuziehen.

In der Dobrudscha dauern die Angriffe des Feindes auf der ganzen Front fort. Die rumänischen Truppen und die unternen zogen sich kämpfend nach Norden zurück und wurden gezwungen, die Linien Cernavoda—Tassabluice aufzugeben.

### Der rumänische Bericht.

Vom 25. Oktober. (B. Z. V.) Nord- und Nordostfront: Bei Tulgheş, Bicaz und im Trotus-Tal ist die Lage unverändert. Im Uau-Tal dauert der Kampf an. Wir rüdten nach Westen vor und machten drei Offiziere und 108 Mann zu Gefangenen. Bei Cituz wurde der Feind über die Grenze zurückgeschlagen. Wir nahmen ihm 160 Gefangene ab. Im Bugen-Tal, bei Tablabute, Bratocea und Bredeal ist die Lage unverändert. In der Drischast Bredeal Kämpfe. In der Gegend von Dragoslavole heftige Kämpfe. Deslich des Alt schlugen wir feindliche Angriffe ab und drängen den Feind andauernd nach Norden zurück. Westlich des Alt Kampfhandlungen ohne Bedeutung. Westlich des Jiu gaben wir in der Gegend des Sullianpasse ein wenig Gelände auf. Bei Orsova Artilleriekampf.

Südfront. Nichts Neues längs der ganzen Donau. In der Dobrudscha haben wir uns nördlich von Cernavoda zurückgezogen.

## Die Kämpfe in der Dobrudscha.

vom 19. bis 23. Oktober 1916.

Amtlich. Berlin, 26. Oktober. (B. Z. V.) Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben. Das siegreiche Vordringen der verbündeten deutsch-bulgarisch-türkischen Kräfte war vor der sehr starken feindlichen Hauptstellung Topraisar—Cobadinu—Rajova Ende September zum Stehen gekommen. Umgruppierung der Artillerie und Regelung des Nachschubes erforderlich bei der Eigenart des Kriegsschauplatzes viel Zeit.

Die feindliche Hauptstellung in der Linie Topraisar—Cobadinu—Rajova — im Osten an den Tuzia Schiol, im Westen an die Donau angelehnt — war schon im Frieden mit allen technischen Mitteln verstärkt; Topraisar und Cobadinu waren festungsartig ausgebaut und mit starken Kräften und schwerer Artillerie besetzt; in der Mitte standen Hüfen und auf beiden Flügeln Rumänen.

Unsere Truppen hielten die allgemeine Linie Tuzia—Amuzacea—Cabaclar—Enigea westlich von Baciu. Am 19. Oktober morgens wurde mit dem Einschleichen der Artillerie begonnen; die Wirkung wurde durch gute Sicht begünstigt. Nach zweistündigem Artilleriefeuer wird der Feind auf dem rechten Flügel nach hartnäckigem Kampf aus seinen ersten Stellungen geworfen und am Abend des ersten Kampftages folgende Linie erreicht: Höhen 80—70—74 südwestlich Tuzia—Höhen südlich Muratano—Buiuc südlich Topraisar.

Weiter westlich wurde der Feind durch Angriffe festgehalten und ihm mehrere Stützpunkte entzogen.

Am 20. Oktober wird der Kampf fortgesetzt, der besonders um Topraisar heftigen Charakter annimmt. Die Gegend südlich Tuzia ist vom Feinde geräumt, Tuzia selbst wird ohne Kampf besetzt. Am

**Abend die Erste Südlich Toprajar—Comanca—Toga—Jui—nördlich** Cocaraga—Sanctus Ghil—Bacau erreicht. Die Beute der ersten beiden Tage betrug 8800 Gefangene, davon über 3000 Russen, 16 Maschinengewehre, einen Minenwerfer. Auf Rechnung der Türken konnten hiervon über 1500 Russen.

Am 21. Oktober konzentrierte sich der Kampf um die Schlüssel-punkte Toprajar und Cobadinu. Unserm konzentrischen Artillerie- und Infanterieangriff auf die Stellungen südlich Toprajar gab der Feind gegen Mittag nach. Generalfeldmarschall von Rodensen beobachtete mit seinem Stab von Tasi Jui (Höhe 80) aus das Zurückfluten der feindlichen Massen, das unter dem wirksamsten Feuer unserer Artillerie an vielen Stellen zu wilder Flucht ausartete. Mit Toprajar und Cobadinu schien der Hauptüberstand des Feindes nachzulassen. Der Abend sah unsere Truppen in Linie Tschirghiol—Mafcioba—nördlich Toprajar—Cobadinu—Sapata Vaga.

Die Verfolgung wurde unerbittlich fortgesetzt und die Artillerie nachts in neue Stellungen vorwärts gebracht. Siedem russische Kriegsschiffe, die am 23. von See aus zwischen Constanza und Tulza gegen unseren rechten Flügel zu wirken versuchten, hatten keinen Erfolg, da sie sich, durch unsere Maßnahmen gezwungen, zu weit von der Küste entfernt halten mußten.

Es blieb dem Feind keine Zeit, Constanza zu verteidigen, wollte er sich in Sicherheit bringen. Durch deutsche und bulgarische Infanterie verstärkt, nahm die bulgarische Kavalleriedivision Besitz von Constanza, und noch am selben Abend erreichte der rechte Flügel Islam Tepe-Clacop.

Am 23. Oktober war noch heftiger Widerstand des Feindes bei Redgidia zu beobachten, das abends nach hartem Kampf genommen wird. Frische russische Kräfte werden, sowie sie eintreffen, eingesetzt und geschlagen. Unsere Westgruppe besetzt die Höhen nördlich Rajova-Hortinez-Hofu Jui.

Unsere Land- und Seeflieger leisteten vorzügliches bei der Aufklärung. Ein Kampfgeschwader griff mehrfach erfolgreich in den Kampf ein durch Bombenwürfe und Maschinengewehrfire auf Constanza und dort zurückgehende Truppen und Kolonnen sowie auf den Bahnhof und die Brücke von Cernoboda, wo mehrfach der Verkehr gestört wurde.

Die Beute erhöhte sich bis zum 23. Oktober einschließlich auf 75 Offiziere, darunter 2 Obersten, über 6600 Gefangene, 12 Geschütze, 62 Maschinengewehre, 8 Minenwerfer, eine russische Flak, über 200 Waggons, Lokomotiven und viel anderes Material. Ein Petroleumkanon ging in Constanza in Flammen auf. In die Stadt zogen auch deutsche Truppen als Besatzung ein.

Der schnelle Erfolg wurde vor allem durch die überraschende Anführung deutscher schwerer Artillerie und den Angriff deutscher Truppen auf Toprajar ferner durch rasches Nachdrängen und gute Verfolgung erzielt. Der deutsche Oberbefehlshaber und sein Generalstabschef General Tappen weilten dauernd auf dem Schlachtfeld.

## Wie man in der englischen Fliegertruppe denkt

Berlin, 25. Oktober. (W. Z. V.) Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Der englische Fliegerleutnant Jack Tullis hat am 8. 10. 1916 in einer Unterredung folgende Angabe gemacht:

„Zwei Dinge sind es, über die wir englischen Flieger empört sind, die Aufopferung der Flieger in der Somme-Schlacht und die uns aufgezogene Benutzung von Explosivgeschossen.“

Unsere Führer schiden uns ohne Rücksicht auf Leben und Material aus, oft zur Lösung von Aufgaben, die durchaus nicht zweckdienlich und wichtig sind und nur den sicheren Verlust einer Anzahl von Flugzeugen zur Folge haben. Das ist auch der Grund, warum unsere Verluste während der Somme-Schlacht so ins Ungemessene gestiegen sind.

Was die Explosivgeschosse anlangt, will ich Ihnen ohne weiteres zugeben, daß wir in englischen Flugzeugen in diesem Sommer mehrere Monate lang Explosivgeschosse verwendet haben, und zwar auf Befehl der höheren militärischen Stellen.

Ich kann nicht genau angeben, wie diese Explosivgeschosse konstruiert waren. Nebenfalls war aber ein kleines Loch angebracht und im Innern des Geschosses befand sich ein wenig brennbare Flüssigkeit. Beim Aufschlag entzündete sich dieselbe und das Geschoss mußte explodieren. Dieses Explosivgeschoss führt den Namen „Buckingham tracer“. Selbstverständlich gab es, wenn ein Mensch von solchem Geschoss getroffen wurde, fürchterliche Wunden. Der Gebrauch dieser Geschosse wurde uns befohlen, um unter den feindlichen Flugzeugen mehr Schaden anzurichten. Wenn ein solches Geschoss den Lauf eines Flugzeuges durchlöchernte, mußte sich der Inhalt entzünden und eine Explosion war die sichere Folge.

Die englischen Flieger waren durchaus nicht einverstanden mit der Verwendung dieser Munition und haben wiederholt Protest erhoben, um so mehr, als wir fürchten mußten, im Falle der Gefangennahme und der Ueberführung vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt zu werden, und überhaupt auch, weil es unserm Empfinden und Kameradschaftsgefühl, welches bei uns selbst den feindlichen Fliegern gegenüber bestand, durchaus entgegenstand.

Es war vorgezeichnet, daß jede dritte Kugel ein B T sein mußte; es wurde auch gelegentlich von den vorgeleiteten Squadrons commanders nachgesehen, ob die Munitionsgürtel und die Trommeln entsprechend gefüllt waren.

Ich selbst habe immer nur etwa 8 Buckingham tracer in das obere Ende meines Patronengürtels einfüllen lassen, was genügte, um bei einer Revision nicht aufzufallen. Dann habe ich stets nach dem Abflug etwa 20 Schuß ins Leere abgegeben, so daß ich kein Explosivgeschoss mehr im Gürtel hatte und nun ganz sicher bin, niemals einen solchen Buckingham tracer auf ein deutsches Flugzeug abgefeuert zu haben.“

## Zum Fliegerangriff auf Stuttgart.

Berlin, 25. Oktober. (W. Z. V.) „Le Rouvelliste de Lyon“ meldet unter dem 15. 10., daß beim letzten Fliegerangriff auf Stuttgart eine große Benzinfabrik von Bomben getroffen worden und niedergebrannt sei.

In Wirklichkeit ist es dem Flieger nur gelungen, einige Bomben in den ausgedehnten Schloßgärten abzuwerfen, wo sie in dem wohlgepflegten Park einige häßliche Löcher zurückließen. Weber Personen noch Gebäude kamen bei diesem „fürchtbaren“ Angriff zu Schaden.

## Vom U-Boot-Krieg.

Berlin, 25. Oktober. (W. Z. V.) „Westminster Gazette“ meldet: Der Dampfer „Dag von Trondhjem“, von Archangelsk nach England mit Holzladung unterwegs, ist vormittags 11 Uhr vor Verlebaug von einem deutschen U-Boot versenkt worden. Die Mannschaft ist gerettet.

London, 25. Oktober. (W. Z. V.) Lloyd's meldet aus Plymouth: Der norwegische Dampfer „Anna Gurine“ (1147 Tonnen) wurde versenkt. Die Besatzung ist gerettet.

London, 25. Oktober. (W. Z. V.) Nach einer Lloyd'smeldung ist der schwedische Dampfer „Emilie“ gesunken.

Rotterdam, 25. Oktober. (W. Z. V.) Lloyd's meldet: Der Dampfer „Sidmouth“ ist versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Kristiania, 26. Oktober. (W. Z. V.) Einem Telegramm aus Newcastle zufolge ist der Dampfer „Dido“, mit Eisenbahnwaggons nach England unterwegs, versenkt worden. Die Mannschaft wurde gerettet und nach Newcastle gebracht. „Dido“ (392 Tonnen) war in Sandnes beheimatet.

Stenborg, 26. Oktober. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm an die Reederei des Dreimastlers „London“ (184 Tonnen) in Thuroe ist dieser in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot in Brand gesteckt worden. Die Mannschaft ist gerettet. Der Schoner war nach Hartlepool mit Grubenholz unterwegs.

Kristiania, 26. Oktober. (W. Z. V.) Die norwegische Gesandtschaft in Paris telegraphisiert: Die gesamte Besatzung, nicht nur, wie gestern gemeldet, der Kapitän und vierzehn Mann, der „Cenus“ ist gerettet worden.

## Ein schwedischer Protest gegen Rußland.

Stockholm, 25. Oktober. (W. Z. V.) Meldung von Svenska Telegrambyran. Der diesige russische Gesandte hat der schwedischen Regierung mitgeteilt, die russische Regierung habe den Wunsch erlassen, im Baltischen Meerbusen Rinnen innerhalb der folgenden Grenzen auszuliegen: im Norden: 63 Grad 35 Minuten nördlicher Breite, im Osten: 21 Grad östlicher Länge von Greenwich, im Süden: 63 Grad 15 Minuten nördlicher Breite und im Westen: erstens 20 Grad östlicher Länge, dann eine Linie in Entfernung von drei Seemeilen von Sydostbroten und der nicht weit vom Meer überspielten Schären an der schwedischen Küste bis 63 Grad 35 Minuten nördlicher Breite.

Infolge dieser Mitteilung wurde der schwedische Gesandte in Petersburg beauftragt, sofort gegen die Rinnenauslegung auf schwedischem Seegebiet Einspruch zu erheben unter Vorbehalt aller Ansprüche, die sich aus einer solchen Rinnenauslegung ergeben könnten.

## Das neue österreichische Rotbuch.

Wien, 25. Oktober. (W. Z. V.) Das Ministerium des Innern veröffentlicht ein neues Rotbuch, das 116 Fälle über Verletzungen des Völkerrechts durch die mit Oesterreich-ungarischen kriegführenden Staaten enthält. Die Sammlung enthält teils bereits bekannte Fälle flagranten Völkerrechtsbruchs, beispielsweise die Gefangennahme und Behandlung von österreichisch-ungarischen Konsularbeamten in Saloniki, die Verwendung von Dampfbomben, die Verletzung von durch das Rote Kreuz gekennzeichneten Sanitätsanstalten, die unerhörten Grausamkeiten gegen Gefangene, Verwundete und wehrlose Zivilpersonen. Bezüglich einzelner Einzelheiten enthält diesbezüglich die Berichte über die Erschießung aller marschunfähigen Kriegsgefangenen durch die Serben auf ihrem Rückzug, sowie über barbarische Leichenbeschädigungen seitens der Serben. Nach der protokollierten Aussage eines österreichisch-ungarischen Militärarztes starben von dreihunderttausend österreichisch-ungarischen Gefangenen fünfunddreißig bis vierzigtausend in der Gefangenschaft. Die veröffentlichten Dokumente tun weiter dar, wie die Russen in Galizien hausten. Durch Brandstiftung, Plünderung und Raub angerichteter Schaden wird auf vierzig bis fünfzig Millionen in einem einzigen Bezirk geschätzt. Die Veröffentlichung beleuchtet auch die Behandlung der Russen seitens der Russen, die erstere bekanntlich erlösen wollten. Aus dem in der Sammlung veröffentlichten Bericht des galizischen Statthalters geht hervor, daß Graf Dobrinski die ukrainischen Gesellschaften schloß, die ukrainischen Bildungsanstalten sperrte, die ukrainischen Bücher raubte oder vernichtete; außerdem wurden den Ukrainern gehörende Häuser und Unternehmungen mit Beschlagnahme belegt. Die ukrainische Sprache wurde nur geduldet. Die amtlichen Schriftstücke durften nur in russischer Sprache unterbreitet werden. Russische Beamte erklärten: „Es gibt keine ukrainische Nation“. Das Verzeichnis der von Russen verklepten ukrainisch gesinneten Personen ist erschütternd. Die Behandlung des griechisch-katholischen Bischofs von Przemyśl hatte bekanntlich zur Folge, daß der Bischof einen Herzschlag erlitt und starb. Dies war die Behandlung „Kotrusklands“, das für ewige Zeiten an das Zarreich hätte fallen sollen. Die veröffentlichten Belege zeigen, daß es kaum eine kriegsrechtliche Norm gibt, der die feindlichen Truppen nicht zuwidergehandelt hätten. Dabei ist die Zahl der nachgewiesenen Fälle im Verhältnis zur Zahl der wirklich geschahenen geradezu verschwindend klein.

## Die polnische Frage.

Die offizielle „Neue Korrespondenz“ beschäftigt sich in einem Artikel: „Die Kriegslage und die polnische Frage“ mit dem Eindruck, den die Siege der Verbündeten auf die polnische Bevölkerung gemacht haben. Am Schluß des Artikels heißt es: Die deutsche Verwaltung in Warschau und die österreichische in Lublin haben alles getan, um der Bevölkerung mitten in den Laisten des Krieges die Vorteile einer wohlwollenden und gerechten Ordnung in Kirche und Schule, in Verkehr und Handel empfinden zu lassen. Die Petersburger Correspondenzen ziehen nicht mehr. Immer wieder hieß es, der Zar werde ein Manifest erlassen, das den Polen für die Zeit nach dem Siege die Autonomie in Aussicht stelle. Auch der neue Minister des Innern, Protopopow, scheint sich überzeugt zu haben, daß solche Lockungen nicht mehr lohnen.

Die Zeit rückt also näher, in der sich die verbündeten Zentralmächte entscheiden müssen, welche Lösung der polnischen Frage sie betreiben wollen. So viele widersprechende Interessen dabei in Frage kommen — das eine steht für uns jedenfalls fest: Der Schlagfall im Osten gegen die gewaltige russische Völkermasse muß verstärkt werden; was wie mit dem russischen Nachbarn erlebt haben, macht seine Zurückdrängung von unseren offenen östlichen Grenzen für unsere eigene nationale Sicherung zu unbedingten Notwendigkeit, folglich kann Kongresspolen nicht russisch bleiben, und wenn es nationale Selbstständigkeit haben will, kann es sie nur im engen Anschluß nach Westen hin finden.

## Aus dem Unterhaus.

London, 25. Oktober. (W. Z. V.) Unterhaus. Auf eine Frage bezüglich der holländischen Fische, die infolge Verögerung beim Transport in untauglichem Zustande in England ankamen, sagte Lord Robert Cecil: Es ist ein Abkommen getroffen worden für den Ankauf bestimmter Mengen holländischer Fische in Holland. Gegenwärtig ist es nicht ratsam, öffentlich die Bedingungen des Ankaufs mitzuteilen. Die Verögerung, die beim Transport gewisser Sendungen von Fischen und anderen Waren aus Holland eingetreten ist, muß unvermeidlichen Umständen zugeschrieben werden. Während der regelmäßige Transport aus Holland vorläufig wahrcheinlich immer noch Schwierigkeiten bieten wird, darf man doch hoffen, daß in der Zukunft eine gewisse Verbesserung erreicht werden kann.

Field fragt, ob es wahr sei, daß eine Anzahl Kosakmatten in den Alexandrapalast gebracht worden seien, damit die dort untergebrachten Feinde nicht durch den Schritt der Schildwachen bei Nacht im Schlafe gestört würden, und ob die Matten auf Staatskosten angeschafft worden seien. Der Finanzuntersecretär im Kriegsamt Porter erklärte, in der Zentralküche des Alexandrapalastes seien hölzerne Laufgänge errichtet worden, die sich über den Köpfen der Gefangenen befänden, und das Geräusch der auf und ab marschierenden Schildwachen werde durch die hölzernen Laufgänge und die Natur des Gebäudes vermindert. Deshalb seien vor etwa einem Jahr dort Matten niedergelegt worden.

## Angriff auf Lloyd George.

Rotterdam, 25. Oktober. (W. Z. V.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß es gestern im Unterhaus zu einer heftigen Szene kam, als Lloyd George seine neue Politik der Einberufung der Männer von 41 Jahren verteidigte. Snowden und andere Abgeordnete griffen ihn an und erinnerten ihn daran, daß diese Politik gegen die Versprechungen verstoße, die Tennant im März und Mai gemacht habe. „Daily News“ veröffentlicht einen erditterten Artikel über die leidenschaftliche Art, wie man mit diesen und anderen Versprechungen umgegangen sei. Auch „Daily Mail“ ist unzufrieden und schreibt, die Aufrufung dieser Männer sei ein Verzug. Man dürfe keine 41jährigen in die Armee einziehen, sei die Altersgrenze durch das Parlament erhöht sei, und das Parlament werde die Altersgrenze nicht erhöhen, solange es noch Hunderttausende tüchtiger junger Männer gebe.

## Eine Mahnung Asquiths an die Bergarbeiter

London, 25. Oktober. (W. Z. V.) Neutermeldung. Asquith hat in seiner Rede in der Versammlung der Kohlen-grubenbesitzer mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Kohlenfabrikation zu erhöhen, sowohl um den Bedarf

der Allierten decken zu können, als auch wegen der Ausfuhr nach den neutralen Ländern, um dafür Eisen und Stahl aus Schweden und Norwegen, Kalkereiprodukte aus den Niederlanden und Schwefel aus Spanien einzutauschen. Asquith forderte die Arbeiter auf, die vollen Arbeitszeiten einzuhalten. Es gingen ungefähr zehn Prozent der Arbeitszeit durch das Fernbleiben der Arbeiter verloren. Asquith teilte außerdem mit, daß bis zum Juni 285 000 Bergarbeiter zum Militärdienst einberufen seien, wovon nur 132 000 durch andere ersetzt worden seien. Die Regierung habe jetzt mit Rekrutierung von Bergarbeitern aufgehört und auch durchgesetzt, daß 11 000 Bergarbeiter von der Front zurückkehren.

## Eine englische Ablehnung.

Rotterdam, 25. Oktober. (W. Z. V.) Lord Robert Cecil hat im Unterhaus mitgeteilt, daß das Auswärtige Amt beschlossen hat, keine Verhandlungen mit Deutschland über die Aufhebung schwerer Strafen von Kriegsgefangenen bis an das Ende des Krieges und die Rückkehr englischer Kriegsgefangener, die jetzt in russisch-polen arbeiten, zu führen.

## Zur Lage in Rumänien.

Ein Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“, Dr. A. W., der sich stets in rumänischen Angelegenheiten als gut unterrichtet gezeigt hat, schildert in der Nummer vom 21. d. Mts. auf Grund der Berichte der rumänischen Presse die innere Lage in Rumänien. Nach übereinstimmender Beurteilung sämtlicher rumänischer Blätter werde die Lage Rumäniens als sehr ernst betrachtet. Eine Invasion fürchte man vorläufig nicht, allein schon die Niederlagen in Siebenbürgen und in der Dobrußa hätten begreiflicherweise einen schlechten Eindruck auf Herz und Volk in Rumänien gemacht. Auch die häufigen Abänderungen im Armeekommando zeugten von einer gewissen Nervosität, als deren Ursache eben die Unsicherheit der Lage im allgemeinen zu betrachten sei.

Es ist bemerkenswert, daß jetzt schon von rumänischer Seite zu gefanden wird, daß die Heeresleitung durch die Offensive gegen Siebenbürgen einen Fehler gemacht habe, der sich nur bitter räche. Alle vernünftigen rumänischen Militärs hätten vor diesem Plan gewarnt und verlangt, daß man in den so leicht zu verteidigenden Karpaten eine defensiva Haltung den Grenzlämmen entlang einnehmen solle, um den Hauptangriff nach Süden führen zu können. Die rumänische Heeresleitung habe aber den Vorstoß nach Siebenbürgen unternommen, um sich „reale Garantien“ für den kommenden Friedensschluß zu verschaffen. Mißschick an diesem Unternehmen hatte selbstverständlich auch die Unterdrückung der deutsch-bulgarischen Kräfte, die vom Süden gegen Rumänien vordrangen.

Ueber das Leben hinter der rumänischen Front und die Stimmung im Lande teilt Dr. A. W. einige interessante Angaben mit. Danach hat das Leben des Landes einen ernsthaften und trüben Anstrich erhalten. Die Spionentat und die Angst vor Landesverrat gehören zum Leitmotiv des öffentlichen und privaten Lebens. Der Kommandant der 4. Armee, General Prejan, hat einen scharfen Tadel veröffentlicht, demzufolge der Gebrauch jeder anderen als der rumänischen Sprache in Stadt und Haus, in Wort und Schrift strengstens unterlagt wird. Da nun aber in den oberen Gesellschaftskreisen die französische Sprache allgemein gebraucht wird, führt dieses Verbot naturgemäß zu Reibungen. Viele Beschwerden macht auch die Internierung der Angehörigen der feindlichen Staaten, deren Zahl sich auf nahezu 80 000 belaufen soll. Bemerkenswert ist, daß auch einzelne Rumänen, darunter manche mit guten Beziehungen und in hohen Stellungen der militärischen Verwaltung übergeben oder direkt interniert worden sind. Bezeichnend ist auch das königliche Dekret, demzufolge einige hohe Offiziere der Reservearmeen zur Disposition gestellt und aus den Kadres der Armee gestrichen worden sind. Auch eine merkwürdige Verschärfung der Zensur ist eingetreten, in dessen werden die Verlustlisten regelmäßig veröffentlicht, und in den Communiqués beschränkt man sich einer wohlthuenden Objektivität und „nach Möglichkeit“ auch Wahrheitsliebe.

Ueber das Leben der Bevölkerung berichtet Dr. A. W., daß man sich an den Gedanken eines langen Krieges zu gewöhnen anfangen. Die bestsituierten Familien haben aus Furcht vor den Luftangriffen Vorkost verlassen und die eigentliche Residenz ist jetzt Jassi, das in seinem Umkreis der Hauptstadt ähnlich geworden ist. Ramentlich ist der Verkehr nach und von Rußland ein ganz ungeheurer geworden und vergrößert, die früher ziemlich vernachlässigte Provinzstadt in eine europäische Großstadt umzuwandeln. Freilich ist die Not unter den minderbemittelten Bevölkerungsschichten eine sehr große. Staatliche und private Institutionen, an deren Spitze sich die Königin gestellt hat, haben eine Disposition für die Bedürftigen eingeleitet. Auch für die rumänischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sind Unterstützungsvereine in großem Stil ins Leben gerufen worden.

In der Nummer der „Neuen Zürcher Ztg.“ vom 24. d. M. äußert sich derselbe Berichterstatter zum Fall von Constanza und seine Darlegungen bilden eine bemerkenswerte Ergänzung zu dem obenstehenden Bericht. „Durch die Eroberung Constanzas“, schreibt er, „wird den Rumänen die Seeverbindung mit ihren Verbündeten so gut wie abgeschnitten, denn der kleine Hafen Sulina am gleichnamigen Donauarm ist für einen größeren Verkehr nicht brauchbar. Es erscheint daher mehr als vertouderlich, daß die russische Flotte, der Constanza als vorzüglicher Stützpunkt galt, den Fall des Hafens nicht hat verhindern oder doch verzögern können; eine Erklärung dieses Rätsels sowie der im allgemeinen unzureichenden russischen Hilfe an den rumänischen Fronten zu geben, ist uns nicht möglich, doch scheint das klassische System der zu spät Hilfe auch hier, wie so oft bisher, die Hauptschuld an der Niederlage zu tragen.“

Wenigliche Neuheiten, die von einer zunehmenden Unzufriedenheit mit der russischen Offensivpolitik zeugen, sind in den letzten Tagen auch in der französischen Presse bemerkbar. In diese Unzufriedenheit mischt sich auch ein Ton des Mißtrauens gegen Rußland, dessen schwere Hand schon seit dem Eintritt Rumäniens in den Krieg über dem Lande lastet. (2)

## Kleine Kriegsnachrichten.

Wien, 25. Oktober. (W. Z. V.) Infolge Kohlenknappheit fallen auf den italienischen Staatsbahnen weitere 124 Züge täglich aus.

New York, 25. Oktober. (W. Z. V.) Reuter. Aus San Domingo wird gemeldet: In einem Kampfe zwischen amerikanischen Marineoldaten und Aufständischen wurden erst General Batista und später zwei Marineoffiziere getötet. Ein Offizier wurde verwundet. Die Aufständischen wurden getötet.

Kopenhagen, 26. Oktober. (W. Z. V.) Die gesamte Brief- und Paketpost des schwedischen Dampfers „Duoro“, der sich auf der Reise von Island nach Göteborg befand, ist bei der Unterjagung in Letwid beschlagnahmt worden.

New York, 26. Oktober. (W. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureau. Die Morgan-Gant teilt mit, daß sich die britische Anleihe auf dreihundert Millionen Dollar belaufen und 5 1/2 Prozent Zinsen tragen wird. Sie wird in zwei Teilzahlungen in drei bezog. fünf Jahren rückzahlbar sein.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Kündigung der Schneidertarife.

Nachdem sich der kürzlich abgehaltene Verbandstag der Schneider für die Kündigung der Tarife zum Zweck der Anpassung der Löhne an die Preisverhältnisse entschieden hatte, beschloß am Mittwoch eine Generalversammlung der Filiale Berlin des Schneiderverbandes, alle in Berlin bestehenden Tarife zu kündigen und für die Erneuerung derselben eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz. des wöchentlichen Verdienstes zu fordern. Die Zulage von 10 Proz., welche bei vermindeter Arbeitsmöglichkeit auf Grund der Webstoffverordnung gezahlt werden muß, darf auf die geforderte Lohnerhöhung von 25 Proz. nicht angerechnet werden. Die Versammlung gab der Meinung Ausdruck, daß die geforderte Lohnerhöhung im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse eine sehr mäßige ist, da sie bei weitem nicht ausreicht, um die Löhne den Lebensmittelpreisen anzupassen. — Die gekündigten Tarife betreffen die Herren-Stapelkonfektion, die Herren-Mohrbranche, die Uniform-Mohrbranche und die Kostümbbranche. Außerdem erstreckt sich die Kündigung auf eine Reihe von Tarifverträgen mit einzelnen Firmen, wie Peck u. Cloppenburg, Kaufhaus des Wesens, Voer Sohn. Dadurch sind mit Ausnahme des Tarifs für die Wäschebranche alle Tarife gekündigt, welche für das Schneidergewerbe in Berlin sowohl mit den betreffenden Arbeitgeberverbänden wie mit einzelnen Firmen vom Verband der Schneider und Wäschearbeiter abgeschlossen waren. Die Ablaufstermine der gekündigten Tarife sind verschieden. Sie fallen in die Zeit von Ende Dezember bis Mitte April.

In der Versammlung wurde noch darauf hingewiesen, daß die Webstoffverordnung, welche eine verkürzte Arbeitszeit beziehungsweise verminderte Ausgabe von Arbeit an Arbeitnehmer vorsieht, seit dem 15. September auch auf die Militärarbeiten ausgedehnt ist. Die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben also unter den in der Verordnung vorgesehenen Voraussetzungen eine Zulage von 10 Prozent von ihren Arbeitgebern zu fordern. In den Fällen, wo die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, die Zulage aus eigenen Mitteln zu zahlen, sollen die Vorkleidungsämter angegangen werden, den Arbeitgebern diese Aufwendungen zu erstatten. Es wird erwartet, daß die Vorkleidungsämter diese Forderung erfüllen werden.

Aus dem Geschäftsbericht für das dritte Quartal, den die Versammlung entgegennahm, geht hervor, daß die Mitgliederzahl von 5520 auf 5270 gesunken ist, obgleich 720 Neuaufnahmen gemacht wurden. Der Mitgliederverlust ist fast vollständig auf Einberufungen zum Heere zurückzuführen. Die Klassenverhältnisse sind nicht ungünstig. Die Totalkasse verfügt über einen Bestand von 13 628 M. Für Unterhaltungszwecke wurden 8748 M. ausgegeben.

## Die Teuerungszulage im Töpfergewerbe.

Zu den neuen Teuerungszulagen im Groß-Berliner Tarifgebiet, vereinbart zwischen den beiderseitigen Kommissionen und im Weisem der Innungsvorstände von Groß-Berlin, gab eine Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend ihre Zustimmung. Die Vereinbarung lautet:

Die bisher gezahlte Teuerungszulage, 10 Proz. auf Afford und eine Mark pro Tag für Lohnarbeit bis zur Verdiensthöchstgrenze von 54 Mark wöchentlich, ist hiermit aufgehoben. An deren Stelle tritt ab 16. Oktober 1916 eine 15 prozentige Teuerungszulage auf alle Afford- und Lohnarbeit ohne Festlegung einer Verdiensthöchstgrenze. Bei der Teuerungszulage auf Lohnarbeit ist zu bemerken, daß die Zulage von 15 Proz. auf alle früheren Friedenslöhne gezahlt wird, also die Arbeitnehmer, die in Friedenszeiten einen Tagelohn von 8 M. erhielten, bekommen ab 16. Oktober 9,20 M. Tagelohn. Ebenso wird der niedrigere oder auch höhere Friedenstagelohn um 15 Proz. durch die Teuerungszulage erhöht, so daß selbst diejenigen Arbeitnehmer, die einen Friedenstagelohn von 10 M. hatten, jetzt mit der Teuerungszulage einen solchen von 11,50 M. erhalten. In den Wintermonaten, wenn infolge Eintritts früherer Dunkelheit die 9 stündige Lohnarbeit nicht eingehalten werden kann, unterliegt die Festlegung des Tagelohnes der vorherigen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Jedoch ist eine stundenweise Berechnung des Tagelohnes nicht haltbar. Die 15 prozentige Teuerungszulage wird aber hierdurch nicht berührt und ist in jedem Falle zu zahlen.

Diese 15 prozentige Teuerungszulage hat Gültigkeit bis drei Monate nach dem Friedensschluß. Ferner wird diese Vereinbarung vor dem Berliner Gewerbegericht vertraglich festgelegt.

**Forderung neuer Teuerungszulagen im Schuhmachergewerbe.** Unter den Berliner Schuhmachern war schon lange der Wunsch nach Erhöhung der Teuerungszulage reg. Wie in einer Generalversammlung der Berliner Zahlstelle des Schuhmacherverbandes am Mittwoch bekannt gegeben wurde, hat jetzt die Verwaltung dem Verband der Schuhfabrikanten wie auch dem Arbeitgeberverband der Schuhmacherei die Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulagen unterbreitet, nachdem die Vertrauensmänner darüber beschlossen hatten.

Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Hamacher über das dritte Quartal ist hervorzuheben, daß es zu einigen Differenzen kam, namentlich auch wegen der Zuschüsse, die wegen der verkürzten Arbeitszeit gezahlt werden. Im Falle des Unternehmers Karich kamen die Bestimmungen der Vorkontrollstelle in Betracht, worin es heißt:

„In Fällen, bei welchen bei der Gewährung der Zuschüsse sich ein Gesamtbetrag ergibt, der höher ist als der von den betreffenden bei regelmäßiger Arbeitszeit im selben Betriebe erzielte Verdienst, wird der Zuschuß um den Ueberschuß gekürzt.“

Herr Karich hatte Kürzungen der Zuschüsse vorgenommen, indem er den Durchschnittslohn aus der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Mai 1916 errechnete und diesen zugrunde legte. — Nach Verhandlungen wurde die Vorkontrollstelle angerufen. Diese entschied, daß nur die vier letzten vollen Wochen vor Inkrafttreten der Bundesratsverordnung vom 14. Juni 1916 in Betracht zu ziehen seien. Demgemäß hatten Nachzahlungen zu erfolgen.

Beim Unternehmer Werner ergab sich hinsichtlich der Zuschüsse die Differenz aus der Auslegung der für ihn als Filialfabrikanten geltenden Verordnung des Oberkommandos vom 4. April für die Web- und Wollwaren bearbeitende Industrie. Er ging davon aus, daß der nach § 3 Abs. 2 für die Verkürzung der Arbeitszeit zu zahlende Zuschuß von 10 Proz. nur soweit zu zahlen sei, daß pro Woche 86 M. herauskämen. Das Vorkontrollamt und das Oberkommando entschieden aber, daß der volle Zuschuß überhaupt immer

dann zu zahlen sei, wenn unter 86 M. verdient würden. Danach gestaltet sich die Sachlage zum Beispiel so, daß bei einem Verdienst von 85 M. zu zahlen sind 85 M. und 10 Proz. (8,50 M.), also 88,50 M., und nicht bloß 86 M.

Zwecks Regelung der Unterstufungsfrage hinsichtlich der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit hat mit dem Magistrat erst eine Sitzung stattgefunden. Die Sache schwebt also noch, soweit die Regelung mit der Gemeinde in Frage steht. Einstweilen zahlen die Fabrikanten die ganzen Zuschüsse für die Arbeitszeitverkürzung freiwillig weiter in der Erwartung, daß durch Beschluß der Stadt Berlin sie in die Lage kommen, die Unterstufung zu drei Sechsteln vom Reich und zu zwei weiteren Sechsteln vom preussischen Staat zurückvergütet zu erhalten.

Der Fabrikantenverband hat 6000 Mark zur Verfügung gestellt, um in Not gekommene Arbeiter zu unterstützen. In die entscheidende Kommission berief er auch einen Vertreter des Reichs-Dückerischen Gewerkschaftsvereins und den Zahlstellenvorsitzenden Hamacher vom Schuhmacherverband.

## Deutsches Reich. Eine Frau!

In der „Ameise“, dem Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, lesen wir:

In einem Orte waren infolge des Krieges und seiner Begleiterscheinungen alle unsere Mitglieder verloren gegangen, bis auf — eine Frau. Eine einfache, junge Frau. — Treulich hat sie ausgehalten! Auch an sie war im Anfang die Arbeitslosigkeit herangetreten. Der Mann wurde eingezogen. Ganz allein stand sie da und hielt doch tapfer aus bei uns. Wie viele hatten unterdessen bei weit besserem Einkommen die Flucht ergriffen, waren desertiert aus dem Verband mit der Kunde: Bei solchen Zeiten — bei diesem Verdienst usw. — Aber nicht allein beim Verband blieb sie. Rein — nach einmaliger Rücksprache mit ihr ging sie frisch und fröhlich an die Agitation, trotzdem sie sich sicher selbst nicht viel Erfolg versprach in dieser Zeit. Und sie hatte Glück! — Ihre Ueberzeugung war: Wir dürfen den Verband in dieser schweren Zeit nicht verlassen, weil wir ihn in kommenden Zeiten sicher mehr in Anspruch nehmen müssen als früher. Wir dürfen nicht alles wieder einfallen lassen, was wir in friedlichen Zeiten mit großer Mühe und Kosten uns aufgebaut haben.

Treu um Treue! — Die draußen — und wir drinnen! — Jeder hat seine Pflicht! So hat sie trotz schwerer Zeiten tapfer ihre Pflicht getan. In vier Wochen warb sie zwölf neue Mitglieder, und es werden mehrere werden. —

Hätten wir in jedem Ort nur eine von ihrer Art!

## Eine Reichskonferenz der Dachdecker.

Am Sonntag tagte in Frankfurt a. M. zum zweitenmal während des Krieges eine Konferenz des Dachdeckerverbandes, zu der die Bezirksleiter, der Zentralvorstand, der Ausschuß und die Redaktion geladen waren. Da die Einberufung eines Verbandstages während des Krieges unmöglich ist, so mußte die Konferenz eine Reihe von Maßnahmen festlegen, die der Organisation für die nächsten Jahre als Richtschnur zu dienen haben. Hierzu gehört zunächst die Tarifvertragspolitik, die auf der Konferenz eingehend besprochen wurde. Als Kern der Aussprache wurde eine Entschlieung angenommen, die die Arbeiter auffordert, überall, wo es die Verhältnisse zulassen, statt der Kriegs- und Teuerungszulagen tarifliche Lohnerhöhungen zu fordern. Die sogenannten Kriegszulagen sind nur ein Anbissmittel, sie können den Wert und die Wirkung der wirklichen Lohnerhöhungen mit tariflicher Festlegung nicht ersetzen, wirken zudem auf die Dauer sehr wenig im Sinne gewerkschaftlicher Erziehung.

Für das Jahr 1917 sollen in allen Bezirken Gausage vorgegeben werden, die neben der Festlegung der Tariffragen auch eine großzügige Agitation einleiten sollen. Die Monate April und Mai sollen als Werbemonate für ganz Deutschland bestimmt werden und in allen Orten sollen Hausagitationen eingeleitet werden. Man müsse den Krieg nunmehr als Normalzustand betrachten und die Arbeiten durchführen wie vor dem Kriege.

Weiter wurde die Gründung eines Zentralarbeitsnachweises beschlossen, dessen Führung dem Zentralvorstand übertragen wurde. Er soll die Gau- und Ortsnachweise zusammenfassen und besonders in den Dienst der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer gestellt werden. Am Unterstufungsweien wurde, nachdem kürzlich die Krankenunterstützung wieder in Kraft gesetzt worden ist und die Sterbeunterstützung wieder in voller Höhe ausgezahlt wird, keine Änderung vorgenommen. Doch wurde beschlossen, die Widat der Krankenunterstützung auch den vom Militärdienst Zurückkehrenden zuteil werden zu lassen, wenn diese sich sofort anmelden, vier Wochen gearbeitet und in der Zeit Beiträge geleistet haben. Bedingung ist freilich, daß auch vor dem Eintritt zum Militär die Verpflichtungen voll erfüllt worden sind.

Die Frage, ob Teuerungszulagen und Kriegszulagen als Lohnerhöhungen im Sinne des Statuts aufzufassen sind, das in diesem Falle auch eine Beitragserhöhung vorsieht, wurde einstimmig bejaht.

Weiter wurde noch eine Reihe verwaltungstechnischer Maßnahmen beschlossen. Thomas, der bisher vom Zentralvorstand und Ausschuß für den erkrankten ersten Vorsitzenden in das Zentralbureau dertreten worden war, wurde in gleicher Eigenschaft von der Konferenz bestätigt. Außerdem wurde, um die Kosten für die Verwaltungsgeschäfte auf ein im Kriege erträgliches Maß einzuschränken, beschlossen, die Redaktion der „Dachdecker-Zeitung“ vom 1. Januar 1917 an im Zentralvorstand zu übernehmen. Dem bisherigen Mediateur, Genossen Hoch, wurden bezügliche Worte des Dankes für seine langjährige Mitarbeit gewidmet. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

## Aus der Statistik des Fabrikarbeiterverbandes.

Die Septemberstatistik des Fabrikarbeiterverbandes brachte einige interessante Zahlen. Von den 470 Zahlstellen des Verbandes, die noch vorhanden sind, haben 420 berichtet. Es sind nur 50 Zahlstellen ausgefallen gegen 75 im Vormonat. Die ausfallenden hatten zusammen bei Kriegsausbruch noch nicht 10 000 Mitglieder; heute dürften sie kaum noch die Hälfte zählen. Der Ausfall ist also zahlenmäßig ganz gering. Ueber den Mitgliederbestand der berichtenden Zahlstellen bringt „Der Proletarier“ folgende Tabelle:

	männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	171 412	26 000	197 472
am 30. Sept. 1916	59 275	19 468	78 743
Am 30. Sept. 1916 weniger	112 137	6 532	118 729
Zum Heeresdienst eingezogen	96 056	—	96 056
Wiedr als Verlust	16 081	6 592	22 673

Der absolute Verlust ist geringer als im Vormonat, obwohl die Zahl der Mitglieder, über die berichtet wird, gestiegen ist. Es sind also auch im September mehr Mitglieder neu gewonnen worden als ausgeschieden sind. Tatsächlich war die Zahl der Neueintritte im September höher als in irgendeinem Monat seit Kriegsausbruch. Es traten nämlich 1531 Mitglieder ein gegen 1346 im August, dem bisher besten Monat. Weiter wird die Freude über diesen Fortschritt geteilt durch die Tatsache, daß auch die Zahl der ausgeschiedenen gestiegen ist. Während im August 923 Mitglieder als ausgeschieden, gestorben usw. gemeldet wurden, waren es im September 1226. Immerhin beträgt der Zugangsbüberschuß noch reichlich 300.

## Aus der Partei.

### Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sah am Mittwoch in ihrer Abendigung mit 57 gegen 15 Stimmen den Beschluß, die neugeforderten Kriegskredite im Betrage von 12 Milliarden Mark zu bewilligen. Die Fraktion wird im Plenum hierzu eine Erklärung abgeben.

### Zur Geschichte des Wiener Attentats.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ beschäftigt sich mit den Stimmen der Presse zum Wiener Attentat, die sie nach verschiedenen Richtungen richtigstellt. So war erzählt worden, Friedrich Adler habe in einer Vertrauensmännerversammlung der sozialdemokratischen Partei gesagt, „so könne es nicht weitergehen, man müsse zur Tat schreiten“. Er habe dann das Beratungszimmer mit den Worten verlassen: „Wenn Ihr nicht wißt, was zu geschehen hat, ich weiß es.“ — Die „Arbeiterzeitung“ erklärt, daß an dieser Geschichte kein wahres Wort sei.

Die „Arbeiterzeitung“ wendet sich dann auch kritisch gegen die Bemerkungen, die der „Vorwärts“ über ihr Verhältnis zur Regierung des Grafen Emerich gemacht hat. Sie legt Wert auf die Feststellung, daß die diese Regierung nicht weniger scharf belämpft hat als ihre Vorgängerinnen und verteidigt auf die Artikel, die sie dem Grafen Stürgkh in der Zeit vor dem Kriege gewidmet hat.

### Ablehnung der Beitragsperre in Bremen.

In der Fortsetzung der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen wurde von linksradikaler Seite der Antrag eingebracht, als Protest gegen das Vorgehen des Parteivorstandes in der „Vorwärts“-Angelegenheit die Beitragsperre zu beschließen. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag Hente, die Vorberatung der beantragten Beitragsperre dem Vorstand zu überweisen. Angenommen wurde dagegen ein Antrag der Anhänger der Arbeitsgemeinschaft, die Frage der Beitragsperre in einer außerordentlichen Generalversammlung zu behandeln. — Bei den Vorstandswahlen siegte die Anhänger der Opposition. Der am Kaiserer vorgeschlagene frühere Parteisekretär Wellmann unterlag mit 108 gegen 164 Stimmen.

### Stellungnahme zur Parteikonferenz.

In Danzig kam es aus Anlaß der Berichterstattung über die Reichskonferenz zu lärmenden Szenen. Etwa 30 Genossen verließen den Saal, die etwa Hundert, welche im Saale verblieben, erklärten sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz einverstanden und beurteilten das Verhalten des Saales als eine Weigerung, parteigenössliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

In Braunschweig wurde von der Berichterstattung Abstand genommen als Protest gegen die polizeiliche Ueberwachung.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 4. Heft vom 1. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gullas Herd. (Eine Seite aus der sozialen Geschichte Frankreichs.) Von H. Wastell. — Handelspolitische Fragen. Von Karl Uml. (Fortsetzung.) — Rumänien im Weltkrieg. Von H. E. Tobagul. (Schluß.) — Literarische Rundschau: Der privatwirtschaftliche Gesichtspunkt in der Sozialökonomie und Antisepand. Von a. h. — Notizen: Hope W. Adams-Lehmann v. Von Dr. A. Hl.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 3,00 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist unser Heft Nr. 2 des 27. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Darauf es ankommt. — Delegiertenversammlung des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Von ... — Notbestimmen und Krieg. Von b. t. — Resolutionen der sozialistischen Frauenkonferenz für Groß-Berlin. — Aus der Bewegung: Genossen Hope Wastell Adams-Lehmann v. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Notizen: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauen in öffentlichen Ämtern.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Die Schmalen. Gedicht von Max Barthel. — Kein Alkohol für kranke Mütter. Von Schwester India Kuehland. — Ausstellung für Kleinkinderfürsorge in Berlin. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: 1793. Von Anatole France. (Schluß.)

Für unsere Kinder: Der Lauf der Welt. Gedicht von Gustaf Fröding. — Die Heide. Von Adalbert Stifter. — Die Entstehung der Schrift. (Fortsetzung.) — Der Hase als Vertriebskater. Von Emma Gehlen. — Es ist schon gut. Märchen seit Grimm. — Der da! Kinderreim. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 22. Nummer des 33. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu haben.

Die Zentralisation der häuslichen Haushaltungen. Von Frau Oberst Engelhardt. 40 Pf. — Verlag Glaube und Kunst, München, Pilotstr. 7.

Mitglieder des Dürerbundes. Nr. 160: Aufsätze über Deutsch-Oesterreich. Von F. Jetter. 75 Pf. — Nr. 161: Die Mädchenfortbildungsschule im Dienste der Volkserziehung. Von W. Ulbricht. 50 Pf. — G. D. W. Callwey, München.

Handbuch der deutschen Gewerkschaftsfraktion. Bearbeitet von H. Barthel. 490 S. Vereinsausgabe 3,50 M. — Verlag: Kaden u. Co., Dresden.

Warren Hastings, Gouverneur von Indien. Schauspiel von L. Fenzl-manger. 141 S. — G. Müller, München.

Zaarsbürgerliche Erziehung vor und nach dem Kriege. Von Dr. A. Walthaus. 120 M. — S. Ditzel, Leipzig.

Americi Militärisches, was mancher nicht weiß. Von Dr. R. Brumow. 2 M. — C. Neumann, Berlin W. 50.

# Ein Jahr elektrisches Licht kostenlos

gewähren die Städtischen Elektrizitätswerke unter folgenden vorteilhaften Bedingungen:

- Eigentümern älterer Häuser (nicht Neubauten) und Mietern in solchen Häusern, die eine bisher nicht elektrisch beleuchtete Wohnung einrichten lassen, kann zur teilweisen Deckung der Installationskosten freier Strom während des ersten Jahres gewährt werden, wenn
- Mängelanlagen der Städtischen Gaswerke in diesen Wohnungen nicht vorhanden sind. — Die kostenlose Lieferung von Elektrizität im ersten Jahre geschieht bis zu folgenden Höchstbeträgen: für Wohnungen von 1 und 2 Zimmern und Küche bis M 33,60, für Wohnungen von 3 Zimmern und Küche bis M 42, für Wohnungen von 4 Zimmern und Küche bis M 58,80, für Wohnungen von 5 Zimmern und Küche bis M 84, für größere Wohnungen M 18 für jedes Zimmer mehr.

Man verlange den Besuch eines Vertreters der Städt. Elektrizitätswerke, Berlin NW6, Schiffbauerdamm 22. — Fernspr.: Norden 4590-93.

# Chronik des Weltkrieges.

27. Oktober 1914.

Fortdauer der schweren Kämpfe bei Neuport-Digrudden. In Polen wichen die deutsch-österreichischen Truppen vor neuen russischen Kräften, die von Zwangorod-Borschau und Nowogeorgiewsk vorgingen, aus und gruppieren sich um.

Die im Jahre 1898 gegen den jetzigen Redakteur der „Fränkischen Tagespost“, Dr. Adolf Braun, verhängte Ausweisung aus Preußen wird zurückgenommen.

Der Bundesrat setzt Höchstpreise fest und trifft sonstige Maßnahmen für die Lebensmittelsteuerung.

27. Oktober 1915.

Einzug der Bulgaren in Ploz.

## Partei Vorstand und Partei.

I.

Eine grundsätzliche Betrachtung von E. D. Bernstein.

Der aus Anlaß des jüngsten „Vorwärts“-verbots zwischen dem Parteivorstand und der Dreikommission der Sozialdemokratie Berlins entstandene Konflikt droht sich zu einem Konflikt zwischen dem Ersten und der übergroßen Mehrheit der Sozialdemokratie Berlins auszuweiten, der leicht auch weitergreifend sich auf einen großen Teil des Reichs übertragen kann. Unter diesen Umständen mag eine ruhige, grundsätzliche Betrachtung über den parteirechtlichen Charakter des Verhältnisses zwischen Parteivorstand und Partei wohl am Platze sein.

Das Parteistatut drückt sich über dieses Verhältnis in seinem Abschnitt über den Parteivorstand sehr lakonisch aus. In dem hierfür in Betracht kommenden § 19 sagt es ganz kurz:

„Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.“

„Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.“

Danach ist der Parteivorstand im wesentlichen eine Verwaltungsbehörde mit bestimmten schieblichen und Ueberwachungs-Aufgaben. Er ist über diese hinaus keine führende Behörde der Partei, bestimmt nicht ihre Politik. Denn welche weite Auslegung man auch dem Begriff „Geschäfte der Partei“ geben mag, so steht doch soviel außer Zweifel, daß er nicht die Bestimmung der Politik umschließt. Sowohl Sätze im Parteistatut, die sich auf andere Instanzen der Partei beziehen, wie die Geschichte der Partei und insbesondere die Verhandlungen und Beschlüsse ihrer Parteitage legen dafür Zeugnis von zwingender Beweiskraft ab. Uebrigens ist auch niemals von irgend einer Seite das Gegenteil behauptet worden. Für die Politik der Partei sind maßgebend das Parteiprogramm und die Beschlüsse der Parteitage. Sie geben ihr die Richtung an, der Parteivorstand wie jede übrige Parteinstanz und jedes einzelne Parteimitglied hat sich bei Ausübung seiner Rechte und der ihm obliegenden Aufgaben an sie zu halten. Damit stimmt es denn logischerweise überein, daß die dem Parteivorstand zugesprochene Kontrolle über die Parteiorgane sich auf deren prinzipielle Haltung beschränkt, das heißt eben die Beobachtung der im Programm und den Parteitagsbeschlüssen niedergelegten Grundsätze der Parteipolitik. Ueber die Anwendung dieser Grundsätze im einzelnen steht dem Parteivorstand kein Kontrollrecht zu. Wie er den Vertretern der Partei in den Parlamenten und kommunalen Körperschaften in dieser Hinsicht keinerlei maßgebende Weisungen vorausschreiben hat, so auch nicht der Presse oder den einzelnen Mitgliedern der Partei.

Trotz dieser Einschränkungen ist indes der politische Einfluß des Parteivorstandes auf die Partei kein geringer. Zunächst ist der Begriff „Beschlüsse der Partei“ dehnbar und umschließt Maßnahmen, die ziemlich weit in das Gebiet der Politik eingreifen. Zu den Geschäften der Partei gehört die Sorge für die Agitation, die Herausgabe von Flugblättern und Flugchriften, wie überhaupt die Kontrolle des Parteiverlags, die Verwaltung der Parteifinzenzen und damit auch die Einwirkung auf die Leitung verschiedener örtlicher Verlagsunternehmungen, die Leitung der größeren Wahlkampfe der Partei und je nachdem die Ausgabe von Wahlparolen, und vieles andere, was nicht durch das Statut ausdrücklich vorgesehen ist, aber durch die Natur der Dinge dem Parteivorstand als dem geschäftsführenden Ausschuss der Partei anheimfällt. Außerdem gewährt das Amt durch die Tatsache der Beständigkeit der Amtsstellung der Mitglieder des Parteivorstandes diesen mit der Zeit einen den Durchschnit weit übersteigenden Einfluß in der Partei. Wo die Fäden des Parteilebens zusammenlaufen, da ist naturgemäß auch die größte Personenkenntnis, der größte Einblick in das Gesamtgetriebe der Bewegung und demgemäß auch die größte Möglichkeit, das Gewicht der Autorität ins Spiel zu bringen. Mag im allgemeinen noch so viel auf den Parteivorstand räsonniert werden, der Nimbus des Amtes umschwebt darum doch ihm in seiner Gesamtheit und jedes einzelne seiner Mitglieder und macht sich bei jedem Eingreifen im konkreten geltend. Die Masse der Parteimitglieder wechselt, wenn nicht in den Personen, so in Stimmung und Gruppierung, der Parteivorstand aber beharrt als ruhender Pol, und das verschafft ihm eine Machtstellung, die weit über die ihm vom Statut zugeschriebene Macht hinausgeht.

Solche Machtstellung steht nun freilich mit den Grundgedanken der Demokratie im Widerspruch, denn die Demokratie bedeutet Selbstregierung. Aber sie ist auch nicht etwas von der Partei Gewolltes, sondern etwas ohne den Willen der Partei durch die Logik der Dinge Gewordenes.

Die ganze Geschichte des Statuts der Partei also, mit einem allgemeineren Ausdruck, ihre Verfassungsgeschichte, ist ein Kampf für die Demokratie gegen die persönliche Macht der Parteileitung. Man hat die erstere auf die verschiedenste Weise zu verwirklichen gesucht.

Im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dem das Vassalleiche Statut im Präsidenten die persönliche Spitze gegeben hatte, hat man nach Vassalles Tode der Demokratie da-

durch zu ihrem Rechte zu verhelfen gesucht, daß man seine Wahl durch die Urabstimmung der Mitglieder vorschrieb. Aber dadurch ward die persönliche Macht des Präsidenten nicht geschwächt sondern gestärkt. Gegenüber dem Vorstand der Partei, dessen Mitglieder von der Generalversammlung des Vereins gewählt wurden, war er der Erwählte des Volkes und hatte dadurch ihnen gegenüber eine ganz besondere Autorität. Die Vorschrift der jährlichen Wahl änderte daran nichts, denn sobald man erst einen tüchtigen Präsidenten hatte, ward dieser einfach alljährlich vom Volk wiedergewählt.

In der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Programms gab es im Statut keine persönliche Spitze. Ihre Leitung bestand aus einem Ausschuss, der von den Mitgliedern des Orts zu wählen war, den der jährlich abzuhaltende Parteikongress zum Vorort der Partei bestimmte, und bei der Schaffung des Statuts war der Gedanke maßgebend, daß der Vorort so oft als möglich wechseln sollte. Und da nicht der Vorstehende, sondern nur der Sekretär des Ausschusses besoldet wurde, schien die Unpersönlichkeit der Leitung so sichergestellt wie nur möglich.

Aber die Wirklichkeit machte dadurch einen Strich. Welt man in August Weib, dem Kassierer, und Theodor Port, dem Sekretär des 1871 nach Hamburg verlegten Ausschusses zwei als ganz besonders vertrauenswürdig und tüchtig geschätzte Männer im Ausschuss hatte, ward, da die Partei nicht die Mittel hatte, sie nach Velleben zu übersiedeln, nun einfach Hamburg, ihr Wohnbezirk, alljährlich zum Vorort wiedergewählt. Man hielt am Ort fest, weil man die Personen nicht wechseln wollte. Und zwar fiel für deren Beibehaltung neben ihrer Vertrauenswürdigkeit immer mehr ihre im Amt gewonnene Erfahrung in Betracht. Man wollte Männer, die durch mehrjährige Tätigkeit eine besondere Erfahrung hinsichtlich der Erfordernisse des Lebens der Partei gewonnen hatten, nicht ohne Not durch Reulinge ersetzen. Es fehlte nicht an Leuten, denen die beständige Wiederwahl derselben Leute in die Parteileitung gegen ihr demokratisches Gewissen ging. Auf verschiedenen Kongressen ward unter der Hand dafür gearbeitet, um einmal mit Hamburg ein Ende zu machen. Aber wenn es zur Entscheidung kam, siegte jedesmal die Rücksicht auf die Personen und das praktische Bedürfnis über die doktrinaire Auffassung der Demokratie.

## Ein ganz bescheidener Schritt.

Der Reichstag hat am Donnerstag in der ersten Voll-sitzung nach der mehrtägigen Vertagung den Antrag seines Hauptauschusses beraten, der die Ermächtigung zum Zusammentritt des Hauptauschusses auch für solche Zeiten wünscht, in denen der Reichstag selber vertagt ist. Die Neuerung soll dem Zwecke dienen, den Einfluß des Reichstags im allgemeinen zu verstärken, besonders aber für die Dauer der Vertagungsperiode eine Art Kontrollrecht des Reichstages in Angelegenheiten der auswärtigen Politik zu schaffen.

Es ist von uns schon ausgesprochen worden, daß es sich bei dem Antrag nur um einen an sich geringfügigen Fortschritt handelt, der obendrein bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Deutschland unter Umständen die Gefahr von Geheimstimmungen in sich schließt. Diese Erkenntnis beschränkt sich nicht nur auf die sozialdemokratischen Abgeordneten, es war ein bürgerlicher Abgeordneter, der in der Neuerung nur einen „ganz kleinen Schritt“ sah und weitere Schritte der Zukunft vorbehalten wollte. Als einen solchen bescheidenen ersten Schritt vorwärts haben auch die beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags dem Antrage zugestimmt. Aber ihre Redner — Genosse Gradnauer für die sozialdemokratische Fraktion, Genosse Ledebour für die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft — haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie mit der bescheidenen Abschlagszahlung nur unter den heutigen Verhältnissen und vorläufig einverstanden sind, daß die Sozialdemokratie aber nicht unterlassen werde, bei allen sich bietenden Gelegenheiten im Reichstage auf der zaghaft beschränkten Bahn vorwärts zu treiben; unsere Redner haben ferner die Halbsheiten und Widersprüche in den Begründungen der bürgerlichen Redner aufgebeugt und in besonders scharfer Weise die laue Haltung der Regierungsvertreter kritisiert.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Herbeiführung des parlamentarischen Systems, die Herrschaft der Volksvertretung in dem Sinne, daß eine Regierung nur möglich ist, solange sie sich bei ihrer Politik auf eine Mehrheit des Reichstags stützen kann, daß sie aber sofort zurückzutreten und einer neuen auf die Parlamentsmehrheit gestützten Regierung Platz zu machen hat, sobald sie das Vertrauen der Mehrheit verliert. Für dieses Ziel ist die Sozialdemokratie von jeher eingetreten, während alle bürgerlichen Parteien in Deutschland bisher Gegner des parlamentarischen Systems waren. Das scheint sich jetzt geändert zu haben. Der Zentrumredner Gröber hat das zwar nicht offen erklärt. Aber er hat bei seiner Begründung des Antrags das volle Mitbestimmungsrecht des Reichstags verlangt, besonders bei der wichtigen Neuordnung der Dinge nach dem Kriege; er hat ferner als Grund für die Notwendigkeit, den Hauptauschuss des Reichstags mit seiner Vertretung in den reichstagslosen Zeiten zu beauftragen und diese wichtige Aufgabe nicht, wie es die Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen wollten, einem besonderen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu übertragen, die wichtige und entscheidende Tatsache angeführt, daß der Hauptauschuss die Vorentscheidungen in allen Finanzfragen zu treffen habe, also über den nötigen „Drücker“ verfüge, falls die Regierung sich den Wünschen des Reichstags gegenüber hoheitsvoll stellen sollte. Es waren kräftige Worte echt demokratischen Gepräges, die Herr Gröber sprach, und er machte dazu auch das tröstigste Gesicht, das sein bartumwuschtes Gesicht nur hergab. Aber man wird abwarten müssen, was für Taten bereinst diesen stolzen Worten folgen werden. Bisher hat das Zentrum, worauf Genosse Ledebour mit Recht hinwies, noch nie den vortrefflichen „Drücker“ der Budgetverweigerung angewandt, um die Regierung gefügig zu machen, so oft sich dazu in der Vergangenheit auch die schönsten Gelegenheiten geboten haben.

Eine sehr interessante Rede hielt der Sprecher der Nationalliberalen, Herr Stresemann. Er hatte den Antrag schon in der Kommission begründet und es auch schon dabei nicht an überraschenden Gründen fehlen lassen. Aber

in der gestrigen Voll-sitzung schlug er noch kräftigere Töne an als seinerzeit im Ausschuss. Er ging von den Freiheitskämpfen von 1813 aus und bezeichnete es als einen schweren Schlag, der der Einheit und Freiheit Deutschlands zugefügt worden sei, daß man nach 1813 die dem opferbereiten Volk in der Not gegebenen Versprechungen nicht gehalten habe. Darin läge auch die Hauptursache für die unbefriedigende innerpolitische Entwicklung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert. Herr Stresemann schreckte sogar nicht davor zurück, im weiteren Fortgang seines geschichtlichen Rückblicks ehrfurchtsvoll die Namen der Märzkämpfer von 1848 herauszuforschen und den Liberalen von heute das Goethewort zuzurufen: „Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt.“ Dann aber stand ihm Bismarck im Wege. Er gab zu, daß dessen wichtige Rücksichtslosigkeit die weitere freiheitliche Ausgestaltung der Verfassungsverhältnisse in Deutschland verhindert habe, aber er entwertete diese Erkenntnis sofort durch die Bemerkung, daß der heutige Antrag auf Erweiterung der beschiedenen Rechte des Reichstags nicht nötig sein würde, wenn ein überragender Staatsmann wie Bismarck auch heute wieder die Geschicke Deutschlands leitete.

Herr Stresemann hat damit verraten, daß seine neu-gewonnene Einsicht in die Notwendigkeit des parlamentarischen Systems noch nicht auf allzu festen Füßen steht, und daß er gut tut, sie auf weiteres vergleichendes Studium der parlamentarischen Verfassungen Deutschlands einerseits und Englands und Frankreichs andererseits fester zu fundieren. Es soll aber ausdrücklich ausgesprochen werden, daß Herr Stresemann gestern wieder wie auch neulich im Ausschuss erklärte, daß die kriegerische Widerstandskraft und die innere Konsolidität der beiden großen parlamentarisch regierten Länder England und Frankreich seine bisherigen Bedenken gegen das parlamentarische System im wesentlichen beseitigt haben. Inwiefern Herr Stresemann mit diesen Darlegungen Wortführer seiner gesamten Parteifreunde war, läßt sich aus ihrem Verhalten in der Sitzung nicht klar erkennen. Ebenso muß abgewartet werden, ob die Nationalliberalen im weiteren Verlauf der Dinge in Deutschland zu Stresemanns Worten stehen oder in allen entscheidenden Fragen rechtzeitig die erweichende Angst vor der eigenen Kurage bekommen werden.

Jedenfalls wird es bei den zukünftigen Kämpfen um die „Neuorientierung“ um die parlamentarische wie um die sonstige innerpolitische, hart auf hart gehen. Das ließ sich schon heute deutlich aus dem Verhalten der Regierung ablesen. Der Herr Reichskanzler war nicht erschienen, obwohl ihm der Antrag eine günstige Gelegenheit geboten hätte, wenigstens einen kleinen Bispel von dem Schleier der von ihm ausgesprochenen Neuorientierung zu lüften und vor der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes durch einige offene und herabste Worte das Vertrauen der Regierung zur stärksten Mitarbeit des deutschen Volkes durch das Mittel des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu bekräftigen. Er hat auch diese günstige Gelegenheit wieder veräumt. Statt seiner sprach zunächst der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow einige herzlich belanglose Worte, die schon zu Ende waren, als der Reichstag glaubte, er finge erst eigentlich an zu reden. Hinterher erörterte der Stellvertreter des Reichskanzlers, der Staatssekretär des Innern Selsferich, die „staatsrechtliche“ Seite der Angelegenheit. In sehr kühl, geschäftsmäßiger Weise tiitelte er an den verfassungsmäßigen Unberücksichtigung der Sache herum und wußte dabei die allgemeine Zustimmung der Regierung zu dem Antrag des Hauses im besonderen so einzuschränken, daß nicht viel mehr übrig blieb, als in einem als taktisches Gegen-maß eingebrachten konservativen Gegenantrag enthalten war.

Es ist nur gut, daß die tatsächliche Neuorientierung, die nach dem Kriege kommen muß und wird, nicht von einzelnen Staatsmännern und ihren Versprechungen abhängig ist, sondern daß sie sich als eine unausbleibliche Konsequenz aus den ungeheuer ersten und bitteren Erfahrungen, die das deutsche Volk in seinen weitesten Schichten in diesem furchtbaren und langen Weltkriege macht, mit der elementaren Gewalt eines Naturgesetzes durchsetzen wird. Wenn in hoffentlich nicht mehr allzulanger Zeit die Millionen in Feuersglut gehärteter Kämpfer aus den Schützengräben zurückströmen und ihre feldgraue Uniform in den Kammern abliefern, so geben sie nicht auch zugleich das verstärkte politische Bewußtsein, das sie draußen gewonnen haben, und ihre gestählte Energie mit ab. Das nehmen sie mit, wenn sie wieder an ihre Friedensarbeit und an die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zurückkehren. Sie werden dafür sorgen, daß das deutsche Volk das große Maß neuer politischer Rechte, vollgerichtet und vollgeschüttelt, erhält, auf das es sich durch seinen unvergleichlichen Opferinn während des Krieges ein zehnfaches Anrecht erworben hat.

## Politische Uebersicht.

Im Seniorenkongress des Reichstages

wurde am Donnerstag über die Geschäftsliste beraten. Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde eine Interpellation über die Verletzung der Immunitätsrechte der Abgeordneten angefündigt. Die Einbringung dieser Interpellation hängt davon ab, wie die Debatte über Zensur und Belagerungszustand verläuft. Die Weiterberatung der Geschäftsliste soll am Freitag erfolgen.

Der Fall Liebknecht vor der Kommission.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags beschäftigte sich gestern abend erneut mit dem Antrage Weinstein und Genossen, das Strafverfahren gegen Liebknecht wegen Kriegsverrats für die Dauer der Sitzungsperiode einzustellen und die Aushebung der Untersuchungshaft zu beschließen. Die Gerichtsinstanzen gegen Liebknecht waren nicht zur Stelle. Geheimrat v. Schulz trug die Gründe der Urteile selber Instanzen vor, die er aber auf Verlangen der Gerichts-bereuen nur unter der Bedingung ihrer Geheimhaltung mitteilen dürfte. Die Kommission beschloß deshalb, daß der Inhalt der Urteile vertraulich zu behandeln sei. — Der Berichterstatter Abg. v. Payer führte aus, daß die Sachlage sich gegenüber der Zeit, in der der Reichstag beschloß, habe, dem gerichtlichen Verfahren freien Lauf zu lassen, nicht zugunsten des Antrages geändert habe. Im Gegenteil sei jetzt von zwei Gerichtsinstanzen festgestellt, daß Liebknecht Kriegsverrat begangen habe, während damals nur der Verdacht der Begabung dieses Verbrechens gegeben gewesen sei. Das Deutsche Reich habe Anspruch auf Schutz. Er beantragte, dem Antrage Weinstein und Genossen nicht zu entsprechen. — Genosse Landberg trat für den Antrag Weinstein ein. Das Urteil zweiter Instanz sei mindestens insoweit ein Befehlsspruch, als Liebknecht die bürgerlichen Ehrenrechte ab-erkannt wurden. Wenn das Reichsmilitärgericht auf die Revision

Lieblichkeit das Urteil aufhebe, werde eine nochmalige Prüfung des Sachverhalts stattfinden müssen. Es sei im Interesse der Rechtspflege zu wünschen, daß sie in einer weniger von Leidenschaft beherrschten Zeit stattfinden — Genosse Stadthagen erinnerte daran, wie man jetzt über die Hochverratsprozesse gegen die Vorkämpfer für Deutschlands Einheit denke. Eine spätere Zeit werde die internationalen Streitigkeiten ebenso anerkennen, wie der Gedanke der Einheit Deutschlands siegreich geworden sei. Die Kommission solle sich selbst prüfen, ob sie auf ihrem früheren Standpunkt verharren könne und solle sich bei ihrer Beschlußfassung nicht von Abneigung gegen Lieblichkeit leiten lassen. Durch die Annahme des Antrags Bernstein könne ein Schaden nicht entstehen, da eine Verdunkelungsmöglichkeit nicht bestehe und Lieblichkeit auch nicht den Willen habe, die Spuren seiner Tat zu verwischen. — Abg. Jung (natl.) wies darauf hin, daß Lieblichkeit seine Freiheit zur Fortsetzung seiner Agitation benutzen würde und lehnte deshalb den Antrag Bernstein und Genossen ab. — Die gleiche Stellung gegenüber dem Antrage nahmen die Abgg. Gröber (Z.) und Gollische (L.) ein.

Der Antrag des Reichstages, dem Antrag Bernstein und Genossen nicht zu entsprechen, wurde darauf von der Kommission mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des polnischen Mitgliedes angenommen.

### Auskunftsverteilung über Kriegsverordnungen.

Der nationalliberale Abg. Schiffer hat mit Unterstützung von Mitgliedern der verschiedensten Parteien im Reichstag einen Gesekentwurf als Initiativantrag eingebracht, der die Auskunftsverteilung über Kriegsverordnungen regeln soll. Sich in der Klasse von Verordnungen, die seit dem 4. August 1914 erlassen worden sind, zu suchen, ist für den gewöhnlichen Staatsbürger nicht nur, sondern auch für viele Behörden zu einer Unmöglichkeit geworden. Vielfach ist es nun vorgekommen, daß Leute bestraft worden sind, weil sie eine dieser Verordnungen übertreten hatten, trotzdem ihnen vorher von Behörden versichert worden war, daß ihre Absicht gegen keine Verordnung verstoße. Diesem Uebelstand will der Gesekentwurf abhelfen. Er besagt:

„Eine strafbare Zuwiderhandlung gegen eine auf Grund des § 8 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erlassene Anordnung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung von einer zuständigen Stelle für zulässig erklärt worden ist. — Die zuständigen Stellen werden durch Anordnung des Bundesrats bestimmt. — Die zuständigen Stellen sind verpflichtet, den Bezugsberechtigten auf Verlangen eine schriftliche oder gedruckte Auskunft über das Bestehen, den Inhalt und den Sinn einer Anordnung zu erteilen. — In Zweifelsfällen haben sich die zuständigen Stellen der eigenen Entscheidung zu enthalten, eine Entscheidung vom Reichsamt des Innern einzuholen und diese Entscheidung unter Hinweis darauf, daß sie vom Reichsamt des Innern erlassen ist, dem Fragesteller zu übermitteln. Das Reichsamt des Innern ist verpflichtet, die Entscheidung unverzüglich zu treffen. — Von dem Inhalt der erteilten Auskünfte ist dem Reichsamt des Innern Mitteilung zu machen. Das Reichsamt des Innern kann die erteilte Auskunft mißbilligen und Anweisung geben, daß künftighin eine andere Auskunft zu erteilen ist. — Das Reichsamt des Innern hat die von ihm gegebenen Anweisungen von grundsätzlicher Bedeutung zu veröffentlichen. Die veröffentlichten Entscheidungen und Anweisungen sind für alle zuständigen Stellen bindend; sie heben alle abweichenden früheren Entscheidungen und Anweisungen auf.“

### Sicherung der Waisenaufsteuer.

Abgeordneter Genosse Wolfenbuhr hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung gefaßt hat, wonach ein Anspruch auf Waisenaufsteuer nicht besteht, wenn die Witve vor dem Tage verstorben ist, an welchem die Waisen das 15. Lebensjahr vollenden. Beabsichtigt der Herr Reichskanzler, durch Bundesratsverordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes diese Härte zu beseitigen?“

### Herr Stresemann über die politische Lage.

Aus dem bereits gestern von uns erwähnten Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann auf einer Tagung der pfälzischen Nationalliberalen gehalten hat, tragen wir nach einem Bericht der „Täglichen Rundschau“ noch folgendes nach:

Herr Stresemann verzeichnet mit Bemerkung, daß der Staatssekretär Dr. Helfferich England als die „Seele der gegen uns gerichteten Weltverschwörung“ hingestellt hat. Ebenso begrüßte er, daß auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sich kürzlich scharf gegen England gewendet habe. Daraus sei ersichtlich, daß die Reichsleitung erkenne, wo der Hauptfeind Deutschlands stehe, der direkt oder indirekt Niedergerungen werden müsse, ehe an Frieden zu denken sei. Ob diese Tatsache immer klar erkannt worden sei, könne billig bezweifelt werden. Der Volkssinn habe in dieser Beziehung das richtige bessere Gefühl als alle Diplomaten besessen. Herr Stresemann sagte dann nach der „Täglichen Rundschau“ wörtlich:

„Wir dürfen jedenfalls daran keinen Augenblick zweifeln, daß es in diesem Kampfe zwischen England und Deutschland sich nicht um einen größeren und geringeren Sieg handelt, sondern daß es sich für uns handelt um Sieg oder Niederlage, um Größe oder Niedergang...“

Herr Stresemann sprach dann von der Kanzlerfrage. Angriffe gegen die persönliche Ehrenhaftigkeit des Kanzlers verurteilte auch er auf das allerhöchste. Aber man müsse sich dagegen wenden, daß jede Kritik an der Reichsleitung oder an Handlungen des Kanzlers von gewisser Seite heute beinahe als Majestätsbeleidigung oder als Vaterlandsverräterisches Treiben hingestellt werde. Ein Dogma des gegenüber der Reichsleitung beschränkten Unterthanenverbandes passe wenig in ein Programm liberaler Renorientierung.

Ueber die großen Fragen der Kriegs- und Außenpolitik seien viele Legendenbildungen im Schwange:

Die Gegensätze beständen darin, ob die Gegenwirkungen, die durch einen unbeschränkten U-Bootkrieg ausgelöst werden könnten, stärker einzuschätzen seien als seine Wirkungen. Diese Gegensätze der Auffassung beständen auch heute noch weiter, nur mit dem Unterschied gegen März, daß die Zahl der Anhänger des unbeschränkten Unterseebootkrieges stärker geworden ist.

Der Standpunkt der nationalliberalen Partei in dieser Frage sei ein viel einheitlicherer, als er der Öffentlichkeit gegenüber erscheine. Die überwiegende Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion sei der Auffassung, daß die für sie schon im März vorhandenen Gründe für die Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges sich durch die inzwischen erfolgten Ereignisse auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiete verstärkt hätten. Auf die Austragung der Gegensätze über den U-Bootkrieg könne man aber um so mehr verzichtet werden, als die Entscheidung bei der Obersten Heeresleitung liege.

Der Hindenburg, der dem deutschen Volksempfinden gegenüber England durchaus nahesteht, der den Gedanken von der Vernichtung des Feindes mit allen Mitteln als die im Endergebnis humanste Kriegsführung gekennzeichnet hat, wird sich durch seine sentimentale Empfindlichkeit in seinen Entschlüssen leiten lassen. Solange Hindenburg und Ludendorff wachen, kann das deutsche Volk ruhig schlafen.“

Es ist bekannt, daß Herr Dr. Stresemann einer der allerhöchsten Befürworter jener Richtung ist, die seiner Vereinerung nach auch von der großen Mehrheit der Nationalliberalen vertreten wird. Sein unbeschränktes Vertrauen zur Obersten Heeresleitung, zu Hindenburg und Ludendorff kennzeichnet deutlich genug seine Auffassung von der Stellungnahme dieser Männer zu dem vielörterten Problem der Kriegsführung mit allen Mitteln.

### Deutscher Industrierrat.

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller hat mit dem Bunde der Industriellen Sektionen für einen „Deutschen Industrierrat“ vereinbart. Zu der Tätigkeit des Reichswirtschaftsamtes wurde folgender Beschlusstrat gefaßt:

„Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller spricht sich dahin aus, daß die Frage der Bildung eines besonderen Reichswirtschaftsamtes in einer vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie einzusetzenden Kommission einer eingehenden Erörterung unterzogen wird und die zu fassenden Beschlüsse alsdann den verbündeten Regierungen unterbreitet werden. Schon heute weist sie aber darauf hin, daß zur erfolgreichen Wahrung der wirtschafts- und handelspolitischen Interessen des Deutschen Reiches insbesondere unter und nach dem Kriege ein lebendiges, vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Reichszentralbehörden mit Industrie, Handel und Schifffahrt durch Vermittlung ihrer anerkannten Vereinigungen in gesteigertem Maße unumgänglich notwendig ist, namentlich auch die Behandlung der einschlägigen Fragen an einer zuständigen Stelle. — Sie betont insbesondere die Notwendigkeit, daß in den mit dem wirtschafts- und handelspolitischen Angelegenheiten befaßten Abteilungen des Reichsamtes des Innern Angehörige von Handel, Industrie und Schifffahrt eine angemessene Vertretung finden und über Vorschläge, Verordnungen, Gesekentwürfe, einschneidende Maßnahmen und neue Einrichtungen auf ihrem Sondergebiet mitbestimmend zu hören sind.“

Der „Deutsche Industrierrat“ soll nach diesen Wünschen nicht nur als beratende, sondern als mitbestimmende Körperschaft bei den Vorbereitungen von Geseken usw. herangezogen werden. Den Arbeitern eine Vertretung im gleichen Umfange zuzugestehen, halten die Herren vom Zentralverband der Industriellen offenbar für höchst überflüssig!

### Bundesratsbeschlüsse.

Amtlich. Berlin, 26. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangte zur Annahme: der Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Schwefel, der Entwurf einer Verordnung über Verarbeitung von Kartoffeln in Kleinbrennereien, und der Entwurf einer Verordnung über die Verjähungsfrist.

### Vom unabhängigen Ausschuß.

Erst jetzt veröffentlicht der Landtagsabgeordnete Fuhrmann in der „Tägl. Rundschau“ die Resolution, die am 15. Oktober von dem unabhängigen Ausschusse gefaßt worden ist. Sie lautet:

„Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“ steht in Uebereinstimmung mit dem ausgesprochenen Empfinden des deutschen Volkes in England den rücksichtslosesten und gefährlichsten Feind für Deutschlands politische und wirtschaftliche Entwicklung, den mit gleicher Rücksichtslosigkeit niederzukämpfen Aufgabe der deutschen Politik und Kriegsführung ist. Er erblickt in der Anwendung aller unserer Macht- und Kampfmittel die sichere Gewähr für den deutschen Sieg. In unerwiderterem Vertrauen steht der „unabhängige Ausschuß“ zu den Führern unserer Heeres- und unserer Flotte und erwartet im Jubel die in der Hand der Obersten Heeres- und Marineleitung ruhende Entscheidung über die militärische Einsetzung unserer Macht- und Kampfmittel. In diesem Vertrauen auf die Oberste Heeresleitung empfiehlt er seinen Freunden und Gesinnungsgenossen, dafür zu wirken, daß das deutsche Volk willig und tüchtig bleibt, alle wirtschaftlichen Erschwernisse auf sich zu nehmen, bis der volle Sieg errungen ist, der uns den starken deutschen Frieden bringt.“

Prof. Paul Nikolaus Cosmann in München, der verantwortliche Leiter der „Süddeutschen Monatshefte“, hat Prof. Valentini, dessen Sache er in dem Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und Großadmiral v. Tirpitz in seiner Zeitschrift veröffentlicht hat, jetzt wegen Beleidigung verklagt.

### Landtagswahl in Nordhausen.

Bei der Landtagswahl in Nordhausen, die für den gestorbenen fortgeschrittenen Abg. Prof. Biebler notwendig geworden war, ist am 26. Oktober der sozialistische Kandidat Justirrat Lewin mit 147 Stimmen gewählt worden. Andere Stimmen wurden nicht abgegeben. Auf Prof. Biebler waren im Jahre 1913 162 Stimmen gefallen, während der freikonservative Gegenkandidat 1113 Stimmen erhalten hatte.

### Das Elektrizitätsmonopol in Sachsen.

Beide Kammern des sächsischen Landtages verhandelten am Donnerstag zum letzten Male über die Vorlage der Regierung, nach welcher die Versorgung des Landes mit Elektrizität vom Staate durch Errichtung eigener großer Staatswerke in die Wege geleitet werden soll. Die Vorlage war schon in der vorigen Tagung eingebracht; sie wurde nach der Vorberatung zwei besonderen Kommissionen beider Kammern überwiesen. Dort haben langwierige Verhandlungen stattgefunden, und in den letzten Tagen beschäftigten sich beide Kammern wiederholt mit der Vorlage, wie sie aus den Kommissionen kam. Sie war wenig verändert. In der Ersten Kammer machten sich aber starke Widerstände gegen das Prinzip der Vorlage bemerkbar. Am Mittwoch fanden mehrstündige Vereinbarungsverhandlungen der Kommission statt, in der die Gegensätze zwischen den Ansichten beider Kammern wieder stark in die Erscheinung traten. Es schien zunächst so, als sollte die Vorlage daran scheitern. Schließlich kam aber ein Kompromiß zustande, das beiden Teilen entgegen kommt, die Hauptfrage aber doch noch nicht ganz klärt. Beide Kammern nahmen nun die Vorlage an, zugleich auch ein entsprechendes Gesetz, so daß die Errichtung von Staatswerken zur Versorgung des Landes mit Elektrizität beschlossene ist. Der Finanzminister begrüßte dieses Ergebnis in einer kurzen Ansprache.

## Das tägliche Brot.

### Neue Vorschriften über Kartoffelverwendung in Brennereien.

Amtlich. Berlin, 25. Oktober. (W. T. B.) Um einen Uebelstand darüber zu beseitigen, welche Menge Kartoffeln im Betriebjahr 1916/17 zur Herstellung des für die Zwecke des Heeres unbedingt nötigen Spiritus in Anspruch genommen werden muß, hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes angeordnet, daß jeder Besitzer einer Kartoffel verarbeitenden Brennerei bis zum 1. November 1916 dem zuständigen Kommunalverband (Landrat, Bezirksamt, Oberamtmann) und gleichzeitig der Spirituszentrale in Berlin, Schellingstr. 14/15, anzugeben hat:

1. ob er seinen Brennereibetrieb im Brennereibetriebjahr 1916/17 bereits aufgenommen hat oder noch aufnehmen will;
2. welche Brennereimenge 90 Hektolitern des allgemeinen Durchschnittsrandes seiner Brennerei entspricht;
3. welche Kartoffelmengen (in Zentnern) zur Erledigung der

90 Hektolitern des allgemeinen Durchschnittsrandes unter Zugrundelegung von 18 Zentnern Kartoffeln auf ein Hektoliter Brennereimenge erforderlich ist;

4. welche Kartoffelmengen einschließlich der seit Betriebsöffnung auf Brennereimenge verarbeiteten Kartoffeln aus seiner eigenen Ernte ihm für den Brennereibetrieb zur Verfügung steht.

Weiter ist vorgeschrieben, daß derjenige, der dieser Anzeigepflicht nicht rechtzeitig genügt, nicht nur Strafe zu gewärtigen hat, sondern im Betriebjahr 1916/17 Kartoffeln auf Brennereimenge nicht verarbeiten darf. Dasselbe gilt für denjenigen, der den Brennereibetrieb nicht spätestens am 15. November 1916 eröffnet hat, selbst wenn er die Anzeige auf 1. November rechtzeitig erstattet hatte. Diese letztere Vorschrift bezweckt mittelbar einen Zwang zur Betriebsöffnung bis höchstens 15. November 1916. Der Vorsitzende der Reichsbrennereistelle kann Ausnahmen zulassen, wenn die Betriebsöffnung auf 15. November 1916 infolge behördlicher Anordnungen sowohl hinsichtlich des Betriebs selbst als auch hinsichtlich der Lieferungsverpflichtung der Kartoffeln eigener Ernte oder infolge anderer nicht in der Macht des Brennereibesizers liegenden Umständen — insbesondere Kohlenmangel, Maschinenschäden, Personalmangel — unmöglich war.

### Haltet ein Schwein.

Man schreibt uns:

Unter der obigen Ueberschrift kann man in der bürgerlichen Provinzpresse immer wiederlehrend die Mahnung an die Bevölkerung lesen, sich die Schweinemast angelegen sein zu lassen. Zum großen Teil stammen die Anfeuerungen von den Behörden. Um den Anreiz zu erhöhen, wird in den Artikeln vorgerechnet, welchen Nutzen der Schweinemäster hat. So heißt es unter anderem in einem dieser Artikel:

„Die Genehmigung zur Schlachtung eines Schweines darf demjenigen, der das Schwein in seiner eigenen Wirtschaft wenigstens sechs Wochen gemästet hat, vom Kommunalverband nicht verweigert werden, es sei denn, daß der Bedarf des Selbstverforgers für eine übermäßig lange Zeit gedeckt würde, so daß mit dem Verderben eines Teiles des Fleisches zu rechnen wäre. Dem Selbstverfoger dürfen diejenigen Schweine, deren er zur Versorgung seiner Hausangehörigen bedarf, nicht fortgenommen werden. Es wird auch nicht von ihm verlangt, irgendeinen Teil des Schweinefleisches abzuliefern. Lediglich eine Anrechnung auf seine Fleischkarte findet statt; aber — je nach der Zahl der vom Selbstverfoger auf den Kopf der von ihm zu versorgenden Personen geschlachteten Schweine — nur mit der Hälfte bzw. drei Fünfteln des tatsächlichen Gewichtes, so daß dem Selbstverfoger voll oder wenigstens annähernd die doppelte Portion zukommt, als der übrigen Bevölkerung. Bei der Anrechnung soll überdies dafür gesorgt werden, daß dem Selbstverfoger die Möglichkeit bleibt, daneben noch frisches Fleisch auf die Fleischkarte zu bekommen.“

Die Ansicht der Artikelreiber, zur Erzeugung von Fleisch und Fett anzupornen, ist gewiß gut. Es fragt sich nur, ob sie auch erreicht wird, und ob diese Sorte Schweinemästerei nicht bedenkliche Gefahren nach anderer Richtung hin in sich birgt.

Sehen wir zu, wie es damit steht.

Die Mahnung und die in Aussicht gestellten Vorteile haben zunächst den Erfolg gezeitigt, daß die Zahl der Schweine sich stark vermehrt hat. Sie ist von rund 13 Millionen am 15. April d. J. auf 17 Millionen am 1. September gestiegen. Davon betrug die Zahl der unter 1/2 Jahr alten 11 204 976, die der über ein Jahr alten dagegen — also der eigentlichen Mast Schweine — am 15. April 1 424 770 und am 1. September 1 825 242. Sind die Zahlen der Mast Schweine schon an und für sich niedrig, so ist die Steigerung erst recht unerheblich. Die Erklärung dafür liegt in dem Futtermangel — ganz besonders in dem des Mastfutters. Das wenige Futter verteilt sich zu sehr auf die große Kopfzahl der Schweine. Die Folge ist, daß die Ferkelerzeugung leidet. Viele Schweine werden ganz jung abgeschlachtet, so daß den größten Teil des Gewichtes das Eingeweide bildet, das übrige ist Haut und Knochen mit geringem Fleischgehalt. Dazzu kommt, daß infolge der gutgemeinten Anregung viele Familien sich ein Schwein zulegen, die nicht die geringste Sachkenntnis von der Wartung und Pflege haben und die kleinen Tierchen tot füttern. Das aufgewandte Futter ist deshalb verloren. Diese Art Massenschweinezucht bewirkt darum das Gegenteil von dem, was man beabsichtigt hat.

Zugleich aber erzeugt der Hinweis auf den persönlichen Vorteil eine Geistesverfassung, die höchst bedenklich erscheinen mag. Diese ist während des Krieges ohnehin schon so stark in den Vordergrund getreten, daß alles getan werden sollte, sie nach Möglichkeit zurückzuführen.

Im vorliegenden Falle deckt sich diese ideale Selbstverständlichkeit mit der materiellen Nutzenwendung, die getroffen werden kann und muß. Nicht die vielen Ferkel, die noch dazu zum großen Teile totgefüttert werden, können uns aus der Ferkelklemme helfen oder sie doch mindern, sondern weniger, aber gutgenährte Schweine muß die Lösung sein.

### Die neue Käseverordnung.

Wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, sollen Maßnahmen ergriffen werden, von denen man sich eine Erhöhung der Produktion von Käse verspricht. Man glaubt, die Mehrerzeugung von Käse durch eine neue Verordnung erreichen zu können, die für eine ganze Reihe von Käsesorten die Herstellerpreise und dementsprechend auch die Verkaufspreise erhöht. Dadurch will man erreichen, daß die Magermilch, statt zur Aufzucht und Mast von Schweinen verwendet zu werden, in höherem Maße für die Käseproduktion nutzbar gemacht wird.

Nach der Darstellung des Kriegsernährungsamtes trug zu der ungleichen Verteilung des Käses hauptsächlich der Umstand bei, daß die bisherige Verordnung dem Hersteller die Möglichkeit ließ, direkt an den Verbraucher Käse durch Postpakete zu versenden. Der Umfang dieses Käsepostverkehrs habe eine ganz ungerechte und durch aus unsoziale Verteilung des Käses herbeigeführt, die in den weissen Hüllen den wohlhabenden Kreisen zugute kam und den Käse vom Kadentisch immer mehr verschwinden ließ. Durch das Verbot des geverblichenden Post- und Frachterverkehrs von Käse soll nun diesem Uebel in Verbindung mit der Erhöhung der Käsepreise gesteuert werden. Das Kriegsernährungsamt versichert, daß eine Rationierung des Käses, das heißt eine gleichmäßige Verteilung des Käses auf die bedürftige Bevölkerung nicht durchführbar sei, da schon die Bewirtschaftung der Butter und der Eier auf ungeheure Hindernisse stoße. Bei den jetzt vorhandenen vielen, vielen Sorten von Käse und ihren verschiedenen Preisen sei deshalb an eine Rationierung des Käses nicht zu denken.

Uns will dieses Argument durchaus nicht durchschlagend erscheinen. Die Produktion der vielen Käsesorten könnte man einfach dadurch beseitigen, daß man einen Einheitskäse oder einige wenige Sorten von Käse herstellen ließ. Gesekes das, so könnte auch sehr wohl eine gleichmäßige Verteilung des Käses durch Rationierung stattfinden, die um so notwendiger wäre, als die große Masse der Bevölkerung der Verbesserung ihrer Ernährung durch reichliche Verwendung von Käse dringen bedarf. Wir halten deshalb die Abnahme von der Einführung der Rationierung für durchaus verfehlt.

Um so mehr, als auch die Mehrerzeugung von Käse keineswegs die Garantie gibt, daß der Käse nun auch reichlicher auf dem Kadentisch erscheint und von der minder bemittelten Bevölkerung gekauft werden kann. Denn die Käseproduzenten werden sich, um

die im Käse verwendete Magermilch möglichst vorteilhaft zu bewerten, in der Hauptsache auf die Herstellung teurer Käseforten zu richten und damit wiederum die Absichten des Kriegsernährungsamts durchkreuzen. Auch hier sollte deshalb nicht erst lange experimentiert, sondern entschieden zugegriffen werden!

## Die Genossenschaften der Entente gegen den Wirtschaftskrieg.

Am 22. September fand in Paris die Konferenz der Genossenschaften der Ententeländer statt, über deren Hauptergebnisse wir bereits in Nr. 277 (vom 8. Oktober) berichteten. Am nächsten Morgen fanden die wichtigen Verhandlungen ihren Fortgang. Auf der Tagesordnung des zweiten Tages stand: Solidarität gegenüber den vom Krieg heimgeschlagenen Genossenschaften. Der Vertreter der französischen Genossenschaften legte nach dem jetzt vorliegenden Bericht hierzu einen längeren Bericht vor, in welchem gefordert wurden:

1. ein obligatorischer Beitrag derjenigen Genossenschaften und Zentralinstitute, deren Geschäftsverkehr und Geschäftsüberwachung durch den Krieg eine Zunahme erfahren oder die nicht fähig in Mitleidenhaftigkeit gezogen wurden;
2. eine freiwillige Beitragsleistung der Konsumvereinsverbände und der großen Konsumgenossenschaften;
3. die Organisation einer großen allgemeinen Subskription in den verbündeten Ländern.

Die Mittel, die auf diese Weise zusammenzubringen sind, sollten dazu dienen, den durch den Krieg vernichteten und geschädigten Genossenschaften wieder zu einer soliden Grundlage zu verhelfen, getreu dem im internationalen Genossenschaftswesen weiterlebenden Grundsatz der immerbereiten Nachbarnhilfe. Insbesondere sollen den Genossenschaften Warenkredite eingeräumt bzw. ein außerordentliches Konto eröffnet oder auch eine niedrigverzinsliche Geldleihe bewilligt werden. Die Gelder dieser Hilfeleistung sollen durch eine internationale Kommission verwaltet und nach einem gründlich vorbereiteten Plane nur an die wirklich hilfsbedürftigen Genossenschaften verteilt werden.

Gegen die Schaffung dieser neuen internationalen Zweckorganisation, von der augenblicklich die Vertreter der Mittelmächte ausgeschlossen sind, erhob W. H. Cheadle im Namen der englischen Vertreter grundsätzliche Bedenken. Er gab der Meinung Ausdruck, daß zur Organisation der Subskription der bewährte „Internationale Genossenschaftsbund“ die geeignete Stelle wäre. Auch sei Vorzugs zu treffen, daß nach Friedensschluß auch die Genossenschaften der Mittelmächte, Bulgariens, der Türkei, Russlands usw. sich an dem Hilfswerk zum Nutzen der internationalen Genossenschaftsarbeit beteiligen können. Auch gegen den obligatorischen Beitrag machte er erfolgreich Einwände geltend. Sie seien wenig taftvoll, und man müßte eventuell riskieren, abgewiesen zu werden. W. H. Cheadle gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die britischen Genossenschaften nicht zögern werden, zugunsten der Genossenschaften in den verbündeten Ländern mehrere Millionen zu opfern.

In der Nachmittagsitzung vom 23. September verlas sodann Poisson folgenden Beschluß, der einstimmig angenommen wurde:

„Die am 23. September 1916 in Paris tagende Konferenz von Vertretern der Genossenschaften der verbündeten Länder beschließt:

Daß jedes Volk einen Ausschuss zu ernennen hat, welcher mit dem Einzug von Beiträgen im eigenen Lande zugunsten der Wiederanfrischung der durch den Krieg zerstörten Genossenschaften zu beauftragt ist.

Sobald die Beiträge eingekammt sind, wird ein Ausschuss von je zwei Vertretern aus solchen Ländern gebildet, die sich an der Beitragsleistung beteiligen haben. Diesem Ausschuss wird ein Mitglied des Internationalen Genossenschaftsbundes beigegeben, und zwar hat dieses Mitglied dem Lande anzugehören, in welchem die Zusammenkunft tagen wird. Dieser Ausschuss bestimmt die Art und Weise, nach der die gesammelten Beiträge verteilt werden. Die nächste Versammlung dieses Ausschusses soll womöglich im Jahre 1917 stattfinden. Die Großeinkaufsgenossenschaften Belgiens und Frankreichs werden an die englische und schottische Wholesale-Gesellschaft sich wenden um Gewährung einer Anleihe zur Ergänzung der freiwilligen Beiträge.

Desgleichen fand ein Antrag von äußerstem Interesse, den die französische Gruppe durch Woffeige einbringen ließ, einstimmige Annahme. Er lautete:

„Die Konferenz billigt im Prinzip die Errichtung eines internationalen statistischen Bureaus mit Sondercharakter, das den Anfang einer Internationalen Großeinkaufsgesellschaft darzustellen hätte. Die Konferenz unterbreitet diese Frage dem Internationalen Genossenschaftsbund und erklärt, daß ihre Verwirklichung sobald wie möglich mit Hilfe aller Organisationen, die dem Gedanken zustimmen, in die Hand genommen werden sollte.“

Das große Banquet, das im Anschluß an diese Sitzungen stattfand, sah auch die französischen Minister Thomas und Sem-hat in der Mitte dieser denkwürdigen Konferenz, die in der schärfsten Form jeglichen Wirtschaftskrieg nach dem militärischen Krieg verdammt, in der Ueberzeugung, daß nur die Klasse der Konsumenten aller Länder Europas die Leidtragende wäre. Dieser Gedanke kam auch sehr treffend in einem Artikel des Organes der italienischen Genossenschaften, der „Cooperazione Italiana“, zum Ausdruck, in dem die bevorstehende Pariser Genossenschaftskonferenz begrüßt wurde. In diesem Artikel heißt es u. a.:

„... in diesem Punkte sind die Genossenschafter aller Länder einig in der Einsicht, daß nach dem Waffenricke der wirtschaftliche Krieg ausgeschlossen sein soll in der Ueberzeugung, daß die Verbraucher die ausschließlichen Opfer dieses Krieges sein werden.“ ... Alessandri (der Vertreter der italienischen Gruppe) wird einen Bericht vorlegen, in welchem die solidarischen Gedanken der italienischen Genossenschafter Ausdruck finden und in welchem auch auseinandergesetzt wird, was die italienischen Genossenschaften während des Krieges geleistet haben im Sinne der Verproviantierung des Landes und im Kampfe gegen das Spekulantentum.

„Wäge der Kongreß die unbesiegbare Kraft des Genossenschaftsgedankens als Element des Friedens und der brüderlichen Solidarität unter den Völkern aufs neue feierlich dantun!“

## Aus Groß-Berlin.

### Weihnachtsgaben für die Truppen im Felde.

Ein dritter Kriegswinter steht bevor. Wieder werden Millionen ihr Weihnacht im Felde begehen müssen. Und wieder wird an die Bevölkerung appelliert zur Sammlung von Liebesgaben für die draußen kämpfenden. Die verschiedensten Vereinigungen, Institute und Zeitungen veranstalten Sammlungen; ihnen schließen sich viele Gemeinden an und es scheint, daß wiederum ein unerfreuliches Durcheinander bei diesen Sammlungen einzutreten droht. Da bewilligen Gemeinden Mittel, die zunächst bestimmt sind, für die Truppen, die bei ihnen in Garnison liegen; dann werden Mittel bereit gestellt für die aus dem Gemeindebereich Eingezogenen. Dazu kommen noch besondere Sammlungen für bestimmte Regimenter. Ist auch schon manches geschehen, um eine größere Ordnung in dieses Sammelwesen zu bringen,

so bleibt doch noch vieles zu wünschen übrig. Insbesondere führen die Weihnachtsgaben, die von den Gemeinden für die im Felde stehenden Einwohner bestimmt sind, öfters zu Klagen. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht immer hin, allen Eingezogenen eine Liebesgabe zukommen zu lassen.

Es ist nicht möglich, auch nur annähernd die zu erfreuen, deren Familien Kriegsunterstützung erhalten und demnach bedürftig sind. Das führt dazu, daß oft Leute aus einem Orte in einer Kompagnie verschoben behandelt werden. Ein und zwei erhalten etwas, andere nichts. Uns sind im Vorjahre eine ganze Reihe Briefe aus dem Felde zugegangen, die von Berlinern stammten und die bittere Klage darüber führten, daß einer eine Kleinigkeit bekam und zehn andere nichts, obwohl die Ausgefallenen nicht minder berücksichtigt zu werden verdienten, als die, die etwas bekamen. So gut es gemeint sein mag, die im Felde Stehenden zu erfreuen, so löst eine solche teilweise Besenkung das Gegenteil von dem aus, was man erreichen will. Hat man nicht die Mittel, um allen Bedürftigen etwas zu geben, so soll man die Mittel, die man geben kann, auf andere Weise verwenden; am besten wird man Zuwendungen den Familien der Eingezogenen machen können, die ihrerseits das Geld oder die Ware schon am besten verwenden werden. Oder man wende die Mittel einer Zentralstelle zu, welche noch immer die beste Ueber-sicht haben kann. Für den hiesigen Bezirk besteht eine solche Zentralstelle schon längst. Für das III. Armee-Korps ist eine staatliche Annahmestelle für freiwillige Gaben eingerichtet. Nach den Anweisungen der Seeresverwaltung sind alle in einem Korpsbezirk gesammelten Liebesgaben für das bevorstehende Weihnachtsfest nur den Truppenteilen und Formationen, die in diesem Korpsbezirk ihre Erjagtruppeneile haben, zuzuführen. Bei dieser Regelung ist zuversichtlich angenommen worden, daß jeder einzelne im Schützengraben, im Unterstand, an der Grenze, jeder Verwundete und Kranke in den Feld- und Etappenlazaretten eine Weihnachtsgabe als Zeichen der Dankbarkeit der Heimat erhalten kann.

Alle Vereine, Zeitungen usw. werden gebeten, die eingehenden Spenden spätestens bis zum 15. November an diejenige Stelle abzugeben, die für den Korpsbereich des III. Armee-Korps zur Weiterbeförderung und Verteilung der Liebesgaben berufen ist, nämlich an die Staatliche Annahmestelle freiwilliger Gaben für das III. Armee-Korps, Geschäftsstelle Berlin SW 61, die bittet, alle Sendungen an ihr Lager in Potsdam, Königl. Oberpräsidium, Bahn- oder postlagernd zu richten, oder an deren Untermassstellen, die gleichmäßig in der ganzen Provinz eingerichtet sind.

Geduldeten Wünschen um Berücksichtigung bestimmter Truppenteile und Formationen wird von der Annahmestelle, so weit es möglich ist, entsprochen. Die persönlichen Beziehungen zu den eigenen Angehörigen werden hierdurch natürlich nicht berührt; derartige Pakete gehen nach wie vor durch die Militärpostämter.

Die Annahmestelle ruft zu erneuter Sammeltätigkeit auf. Welche Krise der Bevölkerung, die schwer zu leiden haben, werden kaum in der Lage sein, der Mahnung zu folgen, so gern sie das möchten. Aber es gibt auch viele Leute daheim, die über große Mittel verfügen. An ihnen ist es in erster Linie, ihr Portemonnaie aufzumachen und reichlich zu geben.

### Millionäre.

In einer Besprechung des Buches „Millionär“ von Armut Landsberger leistet sich das Oktoberheft einer Berliner Frauenzeitschrift das Folgende:

„Es mutet uns seltsam an, wenn uns Verhältnisse geschildert werden, wie sie in manchen Kreisen vor dem Kriege herrschten. Jetzt in dieser trübschweren Zeit, in der Zeit des Mangels und Mangels, ist es kaum glaublich, daß es einst Menschen gegeben hat wie die hier geschilderten. Und doch war es der Fall, wenn wir an die so weit zurückliegende Zeit der Sorglosigkeit des Friedens denken. Die Millionäre sind Menschen, deren ganzes Denken dahin gerichtet war, immer reicher zu werden, eine immer größere Rolle zu spielen, ein Ziel, das sie, allerdings über Leichen, auch erreichten. Der Verfasser gibt ein klares Spiegelbild der Zeit, die einst war und uns jetzt so weitaus dünkt.“

Ruh das ein ahnungsloser Engel sein, der dies schreibt! Er weiß nichts von Kriegsgewinnen und von neugeborenen Millionären.

**Polizeiliches Verbot der Kraftdroschkenfahrten „zum Vergnügen“.** Ähnlich wird mitgeteilt: Der Mangel an Kraftdroschken hat den Polizeipräsidenten von Berlin veranlaßt, Fahrten, die dem Vergnügen dienen, zu untersagen, um mehr Droschken für berufliche Zwecke und Bahnhofsfahrten zur Verfügung zu stellen. Der Polizeipräsident ersucht die Bevölkerung, sich diesem Verbote einflüßig zu fügen, damit davon Abstand genommen werden kann, durch allzu häufige Prüfung des Zweckes der Fahrten die Fahrgäste übermäßig zu belästigen. Die Verordnung, die am 1. November in Kraft tritt, befragt: Fahrten mit Kraftdroschken zu und von Rennen, Theatern, Konzerten, Lichtspielvorstellungen und anderen Schaustellungen sind verboten. Zu den hiernach verbotenen Fahrten gehören auch diejenigen, bei denen die Kraftdroschken in der Umgebung der genannten Orte verlassen oder besetzt werden, wenn diese Fahrten mit dem Zwecke der genannten Veranstaltungen im Zusammenhang stehen. Die Verbote richten sich sowohl gegen den Kraftwagenführer als auch gegen den Fahrgast. Ausgenommen von den Verböten sind die beruflichen Fahrten, Rückfahrten wegen Erkrankung oder Unglücksfalls, sowie alle Fahrten, für die eine polizeiliche Erlaubnis erteilt ist. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft.

### Wiederum neue Karten.

Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, auch für Waren, die einer allgemeinen Regelung bisher nicht unterworfen waren, Karten einzuführen. Insbesondere für Oris, Graupen, Gröhe und Teigwaren hat es sich als unzutraglich erwiesen, daß die Bevölkerung niemals wußte, ob, wann und in welchem Umfang sie diese Waren erhalten könne. Die Stadt Berlin hat sich daher veranlaßt gesehen, für solche Waren besondere Lebensmittelkarten auszugeben. Die Karten gelangen wie die Brotkarten für alle in Berlin polizeilich gemeldeten Personen jeden Alters zur Ausgabe und enthalten nach der heute veröffentlichten Verordnung Abschnitte von Nr. 1—12, deren Verwendung nach Maßgabe der jeweiligen Bekanntmachung des Magistrats erfolgt. Die Gültigkeitsdauer des einzelnen Abschnitts, sowie die Art und Menge der auf ihn zu entnehmenden Ware wird also von Fall zu Fall bekanntgegeben werden. Zur Vermeidung von Irrtümern wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Karten nur für die Stadt Berlin gelten. Es sei noch bemerkt, daß die bisher ausgegebene „Berliner Ausweis-Karte für den städtischen Lebensmittelverkauf“ durch die Neuregelung einfließen nicht berührt wird.

## Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Freitag, den 27. Oktober 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/4 Pfund) 1,80 M., mittel (von 1/4 bis 1 Pfund) 2,00 M., großmittel (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,10 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,20 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,25 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,40 M., große (von 4 Pfund und mehr) 1,50 M., ohne Kopf (im Durchschnitt) 2,10 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,00 M. (Zufuhr ausreichend.)

### Ein Ehepaar als Leichen aus der Havel gelandet.

Der vor einigen Tagen als vermißt gemeldete 31jährige Blindenlehrer Artur Humold und seine 26jährige Ehefrau Johanna, die vor ihrer Ueberführung nach Berlin in Breslau wohnten, sind als Leichen an der Havelmündung am Neuen Tarnow gelandet worden. Das Ehepaar hatte gemeinschaftlichen Selbstmord verübt und ist anscheinend aneinandergebunden ins Wasser gesprungen. Die beiden im Tode vereinten Gatten wurden auf dem Waldschloßhof der Försterei Sternschanze beigesetzt.

Im Großen Wannsee wurde eine männliche Leiche aus dem Wasser geborgen. Der Tote war etwa 20 bis 24 Jahre alt und circa 1,68 Meter groß. Er hatte dunkelblondes Haar und trug graumeliertes Wästel, grau gestreifte Hose, graues Jackett und Weste. Angaben zur Persönlichkeitsfeststellung nimmt die Potsdamer Kriminalpolizei entgegen.

Ein Kind von der Großmutter heimlich begraben. Da es an den Mitteln zur Beerdigung mangelte, hat vor ein paar Tagen eine Frau das von ihrer Tochter geborene Kind, das alsbald nach der Geburt gestorben sein soll, im Walde unweit der Jägerhieschände bei Potsdam begraben. Sie hüllte die Kindesleiche in einen Sack und verschüttete sie mit Erde. Die Kindesmutter ist eine Kriegerehefrau, deren Ehemann seit zwei Jahren sich in Gefangenschaft befindet. Wahrscheinlich sollte durch diese heimliche Beisetzung im Walde die Rückkunft der Frau verborgen werden, die am Tage nach der Geburt wieder ihrer Beschäftigung nachging. Auf behördliche Veranlassung wurde, nachdem die Geschichte von dem heimlichen Begräbnis sich herumgesprochen hatte, die Leiche zur Feststellung der Todesursache ausgegraben. Die Kindesleiche wird obduziert.

Der Goldwareneinbrecher, die durch die Decke gingen, wurden in der vergangenen Nacht in der Viktoriastraße auf frischer Tat erwischt und festgenommen.

Die „Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter“ beginnen das 25. Halbjahr ihrer Tätigkeit. Sie verfolgen weiter ihr Ziel, Männer und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, in den elementaren Unterrichtsfächern auszubilden. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen; doch sollen zur Erweiterung der Kenntnisse besondere Kurse in Literatur und Erdkunde sowie Vorträge und Führungen dienen. Der Unterricht wird wie bisher von Studierenden der Berliner Hochschulen erteilt.

Jeder Kursus findet wöchentlich einmal in den Abendstunden von 8—10 Uhr statt. Für den Besuch jedes Kurses ist eine einmalige Gebühr von 50 Pf., sowie 30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten. Die Anmeldungen werden in den folgenden Unterrichtsstellen von 8—10 Uhr abends entgegengenommen:

1. Im Zentrum: Friedrich-Werdersche-Oberrealschule, Niederwallstraße 12, nahe dem Spittelmarkt, Donnerstags;
2. im Norden: Gemeindefchule Gipsstraße 23a, nahe dem Bahnhof Börse, Montags;
3. im Osten: Fortbildungsschule Lange Straße 31, am Schleifischen Bahnhof, Dienstags;
4. in Reuthallen: Real-Gymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße Nr. 208—210, in der Nähe des Hermannplatzes, Mittwochs.

Am Sonnabend, den 28. Oktober, findet in der Aula Gipsstraße 23a um 8 Uhr eine allgemeine Hörerverammlung statt, in der über den Unterricht nähere Mitteilung gemacht wird. In dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegengenommen.

Unterrichtsbeginn: 2. November; Unterrichtsschluß: Anfang März.

**Kleine Nachrichten.** Auf dem Aufschob vom Tode überrascht wurde Mittwochabend der 70 Jahre alte Droschkenführer August Wiege aus der Bismarckstraße 9 zu Reuthallen. Als er mit mehreren Fahrgästen die Wilhelmstraße herunter kam und beinahe die Linden erreicht hatte, entglitt plötzlich Zügel und Peitsche seinen Händen, und er sank auf dem Bod zusammen. Das Pferd blieb stehen. Die Fahrgäste stiegen aus, und ein Soldat brachte den Kranken, der das Bewußtsein verloren hatte, mit seinem Wagen nach der Charité. Hier starb er gleich nach der Aufnahme, wahrscheinlich an einem Herzschlag. — Ein neuer Brotarteneinbruch wird aus Schöneberg gemeldet. Hier suchten Diebe in der vergangenen Nacht die 4. Kommission im Rathhaus am Wilhelmplatz 8 heim. Sie stahlen im ganzen 8895 Brot, Brotzusatze, Speisefett und Zuckerarten. Die Brotkarten tragen die Nummern 87 441 bis 89 000 der 88. Woche, 88 315 bis 89 000 der 89. Woche, 87 219 bis 89 000 der 90. Woche, die Brotzusatzearten die Nummern 76 337 bis 79 000 der 88. Woche, 76 324 bis 77 000 der 89. Woche und 76 288 bis 77 000 der 90. Woche, die Speisefettarten die Nummern 8401 bis 8500, die Zuckerarten 11 444 bis 12 000. Von den Einbrochern und ihrer Beute ist noch keine Spur gefunden. Die gestohlenen Karten werden für ungültig erklärt, vor ihrem Anlauf wird gewarnt. — In seiner Wohnung tot aufgefunden wurde gestern der 70 Jahre alte Arbeiter Gustav Rubel, der in der Rantowstraße 115 für sich allein wohnte. — Eine überraschende Aufklärung fand das „Verschwinden“ einer Ladung Stoffe, das die Kriminalpolizei beschlagnahmte. Ein 33 Jahre alter Emil Kutsch, der in einem hiesigen Geschäft als Kuttscher angestellt war, sollte Kisten mit neun Ballen Stoffen verschiederer Art nach dem Schleifischen Bahnhof bringen und dort aufgeben. Er kehrte mit dem leeren Wagen zurück und behauptete, die Ladung sei ihm gestohlen worden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Kuttscher sie selbst hatte stehlen lassen von einem früheren Kuttscher Löfelmacher, mit dem er in Verbindung stand. — Gestern früh haben Einbrecher der 6. Brotkommission einen Besuch abgestattet und in deren Räumen in der Wilhelmstraße 117 toll gehaust. Brot- und Fleischkarten usw. haben sie mitgenommen und andere auseinandergerissen, umhergeworfen, vernichtet und mit den Füßen getreten. — Ein schwerer Brandunglück hat sich in der Breiten Straße 44 in Spandau ereignet. Die dort wohnende Frau W. wollte den Kochherd anheizen, und dabei fing ihre Kleider Feuer. In wenigen Augenblicken glück die Bedauernswerte einer lebenden Feuerkugel. Auf die gelenden Hilferufe der Frau eilten Hausbewohner hinzu, denen es aber erst nach längeren Bemühungen gelang, durch Aufwerfen von Weiten die Flammen zu ersticken. Frau W. hatte aber bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß sie in beklagenswertem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. — Im Blätterwald in der Nähe des alten Tierhauses wurde gestern früh ein alterer Mann erschossen aufgefunden. In dem Lebensmüden wurde nach vorgefundenen Papieren der 53jährige Kaufmann Ernst Weislich aus der Fichtestraße 32 festgestellt.

## Aus den Gemeinden.

### Sozialdemokratische und Stadtverordnetenwahlen in Köpenick.

Die letzte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Köpenick beschäftigte sich mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Die Genossen Herbst und Stübner gaben den Tätigkeitsbericht der Stadtverordnetenfraktion. Die letzten zwei Jahre, die voll in die Kriegszeit fielen, boten der sozialdemokrati-

ihren Fraktion reichhaltige Gelegenheit, tatkräftig für die Interessen der Arbeiter zu wirken. Wir haben die weitgehendste Liebernahme der Lebensmittelversorgung durch die Stadt gefordert, unter besonderer Berücksichtigung der Kinderbewilligten und der Kriegsfamilien. An der Erhöhung der Unterstützungen und der Einführung von Rucksunterstützungen haben die Sozialdemokraten wesentlich mitgearbeitet. Die Unterstützung der arbeitslos werdenden Textilarbeiter ist in Köpenick leider ganz unzureichend geregelt. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt und niedrigere Unterstützungen als in Berlin beschlossen. In den letzten Monaten gelang es uns endlich, die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises unter paritätischer Verwaltung der Arbeitgeber und Arbeiter durchzusetzen. In der Frage der Errichtung eines städtischen Friedhofes hat die Fraktion immer wieder versucht, die Stadtverwaltung vorwärts zu drängen, um die Bevölkerung unabhängig von der Kirchenverwaltung zu machen. Eine Steuererhöhung um 80 Proz. wurde wie in allen Groß-Berliner Gemeinden im letzten Jahre auch in Köpenick beschlossen. Daneben beschloß die bürgerliche Mehrheit noch eine Erhöhung des Gaspreises um 80 Proz. Die Gaspreiserhöhung wurde von der sozialdemokratischen Fraktion lebhaft bekämpft, da durch dieselbe die Kinderbewilligten fünf- bis sechsmal so hoch belastet werden als durch eine entsprechende Steuererhöhung.

Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, die fünf ausscheidenden Stadtdirektoren, die bisher ihre vollste Pflicht und Schuldigkeit getan und sich als Sozialdemokraten und Arbeitervertreter aufs Beste bewährt haben, wieder aufzustellen. Es sind das die Genossen Rudolf Finger, Gustav Müller, Hermann Silbermann, Albert Stippelohr und Fritz Wolf. Der Tag der Wahl wird noch bekanntgegeben. Wir richten aber schon jetzt an alle Genossen die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß unsere bisherigen Vertreter mit möglichst großer Stimmenzahl wieder gewählt werden.

### Ernährungsfragen in der Pankower Gemeindevertretung.

Die Gemeindevertretersitzung am Dienstag hatte sich mit einer Reihe von Anträgen unserer Genossen zu beschäftigen, wonach der Gemeindevorstand ersucht wird:

1. Angesichts des herannahenden dritten Kriegswinters alle wirksamen Maßnahmen zu treffen, um die Versorgung der Bevölkerung Pankows mit Lebensmitteln, insbesondere mit Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett usw. sicherzustellen;
2. beim Kriegsernährungsamt dahin zu wirken, daß durch

Herabsetzung der Höchstpreise der breiten Masse die Beschaffung des Lebensmittelbedarfs ermöglicht wird;

3. in Rücksicht darauf, daß die Summe der außerordentlichen Aufwendungen der Gemeinden aus Anlaß des Krieges ständig wächst, schon jetzt durch geeignete Einwirkung auf die Reichsregierung geeignete Maßnahmen angestreben, welche die Verringerung sämtlicher den Gemeinden verursachten Kriegsausgaben aus Reichsmitteln zum Ziele haben.

Genosse Schmidt begründete die Anträge in eingehender Weise. In der lebhaften Debatte, an der sich von unserer Seite noch Genosse Strud beteiligte, nahm nach Erstattung eines ausführlichen Berichtes über den derzeitigen Stand der Versorgung durch den Delegierten der Lebensmittelabteilung der stellvertretende Bürgermeister Beigeordneter Stamitz Veranlassung, auf die ernste Lage hinzuweisen, in der sich die Gemeinde derzeit bezüglich der Kartoffelversorgung befindet. In Rücksicht hierauf wurde neben der einstimmigen Annahme der Anträge unserer Genossen noch ein weiterer Antrag zum Beschluß erhoben, wonach der Landrat des Kreises Niederbarnim und die demselben übergeordneten Stellen unverzüglich um Veranlassung schleunigster Anlieferung der Pankow zugewiesenen Kartoffelmengen und um eventuelle Freigabe der Lieferung von Kartoffeln an Privatbesteller durch Landwirte ersucht werden sollen.

Ein weiterer Antrag unserer Genossen, welcher die unentgeltliche Mittagspeisung bedürftiger Schulkinder forderte, fand nach ausführlicher Begründung durch Genossen Schmidt und warme, Unterstützung auch von bürgerlicher Seite in der Weise Erledigung, daß die Vertretung dem Vorschläge der Finanzkommission zustimmte, der dahin ging, sobald als tunlich einen aus Gemeindevorstehern, Bürgerdeputierten (mit Einschluß von Frauen) und Lehrpersonen gebildeten Ausschuß zusammenzubringen, welcher sich mit der Art der Durchführung der Schulpflicht befassen soll.

Nach einem kurzen Bericht des Delegierten der Kriegsküchen über den Stand derselben stimmte die Vertretung der beschäftigten Reuerrichtung einer Zentralkriegsküche zu, in der auch eine Sonntags- und Abendspeisung zur Einführung gelangen soll.

Kinderveranstaltungen in Neußeln. Sonntag, den 29. Oktober, Spielpartie nach Treptow. Abmarsch 8 Uhr vom Wildenbruchplatz, Essenzeit mittags. Es wird gebeten, nicht zu kleine Kinder zu schicken.

### Parteiveranstaltungen.

**Zentralwahlverein Teltow-Beeskow usw.** Anstelle des zum Wahlkampf dienenden Vorsitzenden Bräsel hat der Genosse Max Birtel die Vertretung des Vorsitzenden übernommen. Das Bureau ist nach wie vor Reußeln, Redarstr. 3, Laden, geöffnet von 6-8 Uhr abends.

**Friedrichshagen.** Heute abends 8 1/2 Uhr findet bei Witwe Lerche, Friedrichstr. 112, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Regelung des „Normals“-Konflikts und Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalsammlung.

**Alt-Glienicke.** Gemeinamer Jahloben am Sonnabend, 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Fahr, Köpenicker Straße. Da verschiedene wichtige Angelegenheiten zur Besprechung gelangen, ist die Anwesenheit der Mitglieder dringend erforderlich.

### Jugendveranstaltungen.

**Jugendbildungsverein Schneberg.** Freitag, 27. Oktober: Gemeinamer Diskussionsabend im Wilmersdorfer Jugendheim, Wannheimer Str. 51. — Sonntag, 29. Oktober: Lieberabend im Lokal Köpenicker Str. 42. Anfang 7 Uhr. — Dienstag, 31. Oktober: Mädchenabend bei Frau Dr. Koerber, Tempelhofer Str. 21. — Mittwoch, 1. November: Zahl- und Feldlobabend im Lokal, Anfang 8 Uhr. — Freitag, 3. November: Diskussionsabend im Wilmersdorfer Jugendheim. — Gänge und Schulklassen sind zu allen Veranstaltungen eingeladen.

### Geschäftliche Mitteilungen.

**Ein Jahr elektrisches Licht kostenlos!** Diese der Kriegszeit entsprechende Erleuchtung bieten die St. G. M. in einer Anzahlung der vorliegenden Nummer. Es wird dadurch auch den weniger Vermittelten die beste Gelegenheit geboten, sich sofort elektrisches Licht anzuschaffen und damit eine Hausbeleuchtung zu sichern, die keinen Mangel, sondern nur Vorzüge hat. In unserer Zeit der Petroleumnot kommt dieses Angebot nie gerufen.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.** Mitgliedschaft Berlin und Umgebung. Sonntag, den 29. Oktober: Sämtliche Abteilungen nach Döllingener, Waldhaus. Treffpunkt bis 9 Uhr in Regel an der Humboldtstraße. Um rege Beteiligung eruchen die Funktionäre, Kaufmann Otto Hantsch, Zentralabteilung, Reußeln, Lichterstr. 81.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Groß-Berlin“.** Sonntag 2 1/2 Uhr in Treptow (Strehlerhalle am Variablesgarten).

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzlarbeiter zu Hamburg (H. a. G.).** Filiale Baumfchulenweg. Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Wege, Baumfchulenstr. 67: Mitgliederversammlung.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.** Stralauer Viertel. Bez. 290.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler

**Franz Richter**  
Kochowstr. 4  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Frankfurter Viertel. Bez. 256.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gärtner

**Julius Nimke**  
Grüner Weg 104  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freiheitlichen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

210/19 Der Vorstand.

Am Dienstag, abends 10 Uhr, entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden meine geliebte Frau und gute Mutter, unsere geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

**Gertrud Schwenke**  
geb. Banatz,  
im 81. Lebensjahr. 8001

Stube sauft in Frieden!

Dieses zeigen schmerzhaft an  
**H. Schwenke** und Kinder,  
Familie Banatz.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 28. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Mariendorfer Friedhofes, am Mariendorfer See, aus statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**

Am 24. Oktober verstarb unsere

Partei Genossin

**Gertrud Schwenke**  
Dorfstr. 11. 21. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 28. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Reu-160er Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt. 208/17

Um rege Beteiligung ersucht

209/10 Der Vorstand.

**Deutscher Buchbinderverband.** Zahlstelle Berlin.

Am 24. Oktober verstarb nach kurzem Krankheitslager unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder

**Alois Schroller**  
im 46. Lebensjahr.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen

Sonnabend, den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Richthofes in Reu-Weichensee, Rüdtestr. 93/123, aus statt. 24/14

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin.

**Nachruf.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

**Willi Hohn**  
Tegeel, Spandauer Str. 32  
am 23. Oktober gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

124/13 Die Ortsverwaltung.

**Gegründet 1876**

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schneider

**Jan Rajskey**  
Rüdersdorfer Str. 24, am 24. Oktober nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am

Freitag, den 27. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem St. Blas-Friedhof, Wilhelmstr. 11, statt.

Die trauernde Witwe

nebst Söhnen.

Am 24. Oktober entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Gärtner

**Julius Nimke**  
im 78. Lebensjahr. 8001

Um hilfes Beistand bitten die Hinterbliebenen

Frau Luise Nimke geb. Gräpe,  
**Selene Nimke,**  
Familie Max Nimke,  
Familie Baumann.

Die Beerdigung findet am

Sonntag, den 29. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freiheitlichen Gemeinde, Pappelallee 15-17, aus statt.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

**Franz Richter**  
(Bezirk Osten)

am 23. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute

Freitag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

126/14 Die Ortsverwaltung.

**Wichtig für Herren!**

**Während des Krieges**

gibt Erste Herrenkleiderfabrik

**Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß**

ohne Preis-erhöhung **im Einzelverkauf** ohne Preis-erhöhung

vom großen Fabriklager ab.

Für Anzüge Paletots Ulster } wird Bezugsschein und behördliche Abstempelung von bis M. 60.- bis M. 85.- bis M. 80.- der Firma kostenlos besorgt.

Alle höheren Preislisten besuchslos! Verkaufszeit 10-6, Sonnabends 10-8, Sonntags 12-2. Holkenmarkt 7-8, IV. Fahrstuhl

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**

BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a

empfehlen gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.

154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko! Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Wieder wurde uns ein lieber Mitarbeiter durch den Tod entzogen. Herr

**Franz Strecker**

ist bei einem Sturmanfall auf dem Felde der Ehre.

Wir werden auch ihm für sein bewiesene treue Pflichterfüllung ein ehrendes Andenken bewahren. 15001

J. F. Reiser G. m. b. H.,

Quintfabrik, Charlottenburg.

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines geliebten Vaters spreche ich

hiermit allen Bekannten, insbesondere dem Wahlverein, dem Deutschen Bauarbeiterverband, den Kollegen und Kolleginnen der Firma Niede, dem Arbeiter-Turnverein Weichensee und Herrn Walter Banasse für die tröstlichen Worte meinen herzlichsten Dank aus. 14001

**Witwe Hunziger.**

**Singer**

unübertroffen

über die Vorteile

verlangt man

10 Mark

Singer Läden

überall

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Telefon: Amt Norden 1987, 1299, 9714, 185.

Sonntag, den 29. Oktober 1916, vorm. 10 Uhr:

**Allgemeine Versammlung**

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgebung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tagesordnung:

1. Berichtserstattung über die Verhandlung vor dem Einigungsamt. 2. Diskussion. 124/14

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel. Amt Köpenick 10623, 8578. Bureau: Kungestr. 30

### Branchenversammlungen

**Bautischler!**

Sonntag, den 29. Oktober 1916, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Tagesordnung: Die Teuerungszulage.

Mittwoch, den 1. November 1916, abends 8 1/2 Uhr, bei

Greive, Kungestr. 30:

aller in der Drechsler-, Treppengeländer- u. Alabaster-Branche beschäftigt. Kollegen.

Tagesordnung: Unsere Aufgaben während und nach dem Kriege. Referent: Kollege Franz Gutschke.

### Vertrauensmänner-Versammlung.

**Klavierarbeiter!**

Mittwoch, den 1. November 1916, abends 8 Uhr, im

Verbandshaus, Kungestr. 30:

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns und Vertrauensleute. 2. Branchenanliegenheiten. 92/9

Die Ortsverwaltung.

### Spezialarzt

Dr. med. Karl Reinhardt.

Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr. Sprechst. 1/2-9 u. 1/2-10 U. abds. Sonnt. 11-1.

Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.

### Central-Haus Jägerstr. 13!

Conc. Leihhaus.

Responsible Redakteur: Alfred Dieckmann, Reußeln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Womditz Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

### Altbekanntes Gelegenheits-Kaufhaus für Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmuckwaren.

Täglicher Verkauf von Kavalieren wenig getragener Jackett-Rock, Frack-Anzüge, Paletots und Ulster, auffallend billig. Großes Lager in neuer Malgarderobe, in erstklassiger Verarbeitung.

Große Auswahl in Damen-Kleidern, Kostümen, Ulstern und Mänteln. Gelegenheitskäufe in Pelzwaren, Pelzröcken, Pelzjacken, Alaskatuch, Skunks, Nerz, Seal, Harter u. a., Herren-Gehäusen. Extra-Angebot in Lombard gewasener Brillanten, Uhren und Schmuckwaren zu sehr billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 10% extra

Responsible Redakteur: Alfred Dieckmann, Reußeln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Womditz Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reichstag.

67. Sitzung. Donnerstag, den 26. Oktober 1916, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich, v. Jagow, Dr. Sisco.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Budgetkommission:

Der Reichstag ermächtigt die Budgetkommission zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung zusammenzutreten.

Ein Antrag Krusadt u. Gen. (L.) schlägt statt dessen folgende Resolution vor:

Den Reichskanzler zu ersuchen, dafür einzutreten, daß während der Dauer des Krieges bei Vertagungen des Reichstages, die durch kaiserliche Verordnungen erfolgen, die Einberufung der Budgetkommission zur Besprechung auswärtiger Fragen auf dem verfassungsmäßigen Wege vorbehalten wird.

Abg. Gröber (Z.):

Die bisherige Mitwirkung des Reichstages bei der auswärtigen Politik war eine ungenügende. Es fehlte eine dauernde Verständigung zwischen Reichstag und Regierung über die Richtlinien der auswärtigen Politik und die ständige Kontrolle über die Führung der auswärtigen Politik. In einer Klarheit über viele Fragen der auswärtigen Politik sind wir erst im Laufe dieses Weltkrieges gekommen. Das liegt auch daran, daß die Regierung bisher das profane Volk von der

Schweigenwissenschaft der auswärtigen Politik

möglichst fernhalten suchte. Das Verlangen auf Vorlegung eines diplomatischen Weißbuchs hat Bismarck seinerzeit mit so gefasstem Spott abgelehnt, daß in den nächsten 40 Jahren es niemand mehr gewagt hat, eine solche Forderung zu stellen. Das Recht des Reichstages, über die auswärtige Politik orientiert zu sein, läßt sich aber gar nicht bestreiten. Das auch eine Notwendigkeit dazu vorliegt, hat der Reichstag bewiesen. Eine ständige vertrauensvolle Zusammenarbeit von Reichsleitung und Reichstag ist in diesem Kriege, wo es sich um die ganze Zukunft des deutschen Volkes handelt, schon um deswillen notwendig, damit sich der Reichstag nicht eines Tages durch die Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt sieht. Der Gedanke eines Kriegsrates hat sich als totgeborenes Kind erwiesen. Man könnte daran denken, eine besondere Kommission für auswärtige Politik einzulegen, aber das würde die Budgetkommission nicht entlasten, denn die finanziellen Fragen, die mit der auswärtigen Politik zusammenhängen, müßten doch in der Budgetkommission erörtert werden. Nicht mit Resolutionen sollten wir uns begnügen. Die Kanonen sind die letzten Mittel der Könige, die Weidewildung ist

das letzte Mittel der Parlamente.

Deshalb müssen die auswärtigen Fragen, wenn wir Einfluß auf ihre Behandlung erreichen wollen, in der Budgetkommission behandelt werden. Freilich kann der Reichstag nicht ohne weiteres bei länger dauernden Vertagungen beschließen, daß eine Kommission tagen soll. Die Zustimmung der Regierung ist notwendig.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow:

Der Wunsch des Reichstages ist durchaus verständlich, und der Reichskanzler hat daher auch wiederholt die Führer der Parteien gebeten, Eröffnungen über die auswärtigen Angelegenheiten entgegenzunehmen. Ich habe bereits in der Kommission eine prinzipielle Zustimmung zu dem Wunsche des Reichstages erklärt und bekräftigt mich auch hier darauf. Auf die staatsrechtliche Seite wird der Herr Staatssekretär eingehen.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

In staatsrechtlicher Beziehung kann ich mich dem Abg. Gröber anschließen, daß nur durch ein Gesetz die Tagung der Kommission während einer länger dauernden Vertagung des Reichstages, zu der die Zustimmung des Kaisers erforderlich ist, ermöglicht werden kann. Dieser verfassungsrechtliche Lage scheint der konservative Antrag deutlicher zu entsprechen, als der der Kommission, der allerdings mit der Interpretation des Abg. Gröber dabeiliebe bejaht. Weiter aber ist in dem konservativen Antrage ausgesprochen, daß diese Tagung nur während der Dauer des Krieges erfolgen soll. In dem Kommissionsantrage fehlt diese Einschränkung, doch glaube ich, daß er ebenfalls so gemeint ist. Die Pausen zwischen den Reichstagsessionen sind unbedingt notwendig zur ordnungsmäßigen Erledigung der Regierungsgeschäfte; diese Erledigung würde außerordentlich erschwert werden, wenn auch in diesen Pausen Kommissionen tagten, durch welche die Regierung in Anspruch genommen würde. Daß die Kriegsverhältnisse es erwünscht erscheinen lassen, daß während der Vertagungsperiode ein Konnex zwischen Reichstag und Regierung bestehen bleibt, hat der Staatssekretär des Auswärtigen schon ausgesprochen. Aus den erwähnten Gründen scheint mir die Fassung des konservativen Antrags die zweckentsprechendere.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Wir stimmen dem Antrage der Budgetkommission zu, wenn wir die Verbesserung, die er bringt, auch nicht allzusehr einschätzen. Daß aber ein solcher Antrag überhaupt noch erörtert werden muß, ist überaus bezeichnend für die Rückständigkeit unserer innerpolitischen Zustände. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstag auf die auswärtige Politik so wenig Einfluß hat, so liegt die Schuld daran vor allem an dem Hause selbst. Wir haben häufig genug den Versuch gemacht, den Einfluß und die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung zu stärken, haben aber dabei wenig Gegenüber bei der Mehrheit dieses Hauses gefunden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute hängen die Schicksalsfragen der Völker von der größeren oder geringeren Weisheit weniger Personen ab. Der Reichstag ist dabei fast völlig ausgeschaltet. Es kommt hinzu, daß die diplomatische Karriere fast ausschließlich einer schmalen Schicht der Adelskreise und der Vergüteten offen steht. Die Lösung des Reichstages: freie Bahn jedem Tüchtigen, der gerade auf diesem Gebiete am allerwichtigsten zur Wahrheit geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Leistungen unserer Diplomaten vor und während des Krieges wird später die Geschichte ihr Urteil zu fällen haben. Auf keinen Fall waren sie so, daß das deutsche Volk Veranlassung hätte zu sagen: Siehe, es war alles gut! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Gegenteil hat das deutsche Volk und seine Vertretung, der Reichstag, allen Grund, aus diesen Kriegsverhältnissen die ernstesten Lehren zu ziehen und dafür zu sorgen, daß der Reichstag in Zukunft bei der Gestaltung der auswärtigen Politik mitberatend und auch mitbestimmend teilnehmen kann. Bei dem — hoffentlich nahe — bevorstehenden Friedensschluß wird unsere Diplomatie, unsere Regierung ein ungeheures Stück Arbeit zu leisten und eine Verantwortung zu tragen haben, wie sie wohl in der ganzen Weltgeschichte noch niemals eine Regierung zu tragen gehabt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da sollte die Regierung ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Zurückhaltung, wie sie aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Helfferich herausklang, freudig bereit sein, den Reichstag in vollem Umfang an dieser Verantwortung teilnehmen zu lassen. Der Antrag des Ausschusses bedeutet in der Richtung zu diesem Ziel allerdings nur einen kleinen Schritt. Vom Uebergang zum parlamentarischen Regierungssystem ist bei ihm noch lange nicht die Rede. Es ist

übrigens interessant, daß so mancher frühere Gegner des parlamentarischen Systems jetzt ein Anhänger dieses Systems geworden ist. Ich freue mich, daß z. B. die Nationalliberalen in dieser Beziehung umgelernt haben und hoffe nur, daß die Herren, wenn es gilt, zur Tat zu schreiten, auch wirklich auf dem Wege sein werden. Die Mitwirkung des Reichstages bei der auswärtigen Politik ist ein der wichtigsten Probleme der Neuorientierung. Wir wären durchaus bereit, die Regelung dieser Frage sofort zu unternehmen, wenn wir dafür Gegenüber bei anderen Parteien finden würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie wichtig ein häufigeres Tagen des Reichstages ist, hat sich in diesem Sommer schon bei den gereizten Auseinandersetzungen im Volke in der U-Bootsfrage gezeigt, die zweifellos nicht diese Bedeutung erreicht hätten, wenn der Reichstag versammelt gewesen wäre. Daher ist es höchste Zeit, daß im Sinne des Antrags der Budgetkommission vorgegangen wird. Wenn sich dann eine solche Einrichtung festlegt und zum Gewohnheitsrecht wird, wird das eine Stärkung des Parlaments überhaupt bedeuten. Eine gewisse Besorgnis ist allerdings in den Kreisen meiner Freunde gegenüber dem Antrag laut geworden, daß nach seiner Durchführung die Vollversammlungen des Reichstages noch mehr in den Hintergrund treten könnten. Und diese Besorgnis hat sich noch gesteigert durch die Tatsache, daß die Budgetkommission sich vor einigen Wochen plötzlich in eine Geheimkonferenz verwandelt und als solche volle drei Tage lang verhandelt hat. Es besteht daher die Besorgnis, daß die Geheimdiplomatie im Ausschuss bei Verwirklichung des Antrags in übermäßigem Maße Platz greifen könnte. Wir verlangen demgegenüber die

möglichste Einschränkung geheimer Sitzungen

und werden nicht zugeben, daß die Vollversammlungen des Reichstages beiseite geschoben werden durch häufigeres und längeres Zusammenkommen des Haushaltsausschusses.

Die Liberalen hatten im Ausschuss beantragt, daß der Haushaltsausschuss auch während einer Schließung des Reichstages zusammenbleiben sollte. Meine Parteifreunde würden vor der dazu notwendigen Gesetzes- und Verfassungsänderung nicht zurücktreten. Doch ist die Frage gegenwärtig nicht aktuell, da wir es während des Krieges sicherlich nicht mit einer Schließung des Reichstages zu tun haben, sondern mit Vertagungen. Wir könnten den liberalen Antrag aber auch deshalb nicht zustimmen, weil er einen besonderen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verlangte. Der Haushaltsausschuss ist die Zentralfstelle der parlamentarischen Tätigkeit, der man die auswärtige Politik nicht entziehen darf.

Der konservative Antrag ist vom Staatssekretär Helfferich warm bekräftigt worden. Im Haushaltsausschuss wollten die Konservativen diesen Weg überhaupt nicht beschreiten, da sie in ihm den Anfang des parlamentarischen Systems sahen. Die Herren wissen ja ihren Einfluß auf anderem als parlamentarischen Wege geltend zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dem hier eingebrachten konservativen Antrag liegt eine gewisse Schwächung und Verächtlichung des Grundgedankens der Weisheit; er stellt die Vertagungszeit ausdrücklich unter den Vorbehalt der Regierung, während der Reichstag bei dieser Gelegenheit lediglich seine Wünsche vorzubringen und geltend zu machen hat. Es erscheint ganz undenkbar, daß die Regierung einem so berechtigten Wunsche des Reichstages nicht nachkommt. Begeisterung dafür hörte man freilich aus den Worten des Staatssekretärs nicht heraus. Und diese Regierung hat die Neuorientierung verprochen! Der Antrag ist der erste Schritt, um das Recht des Reichstages bei Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten zu sichern. Größere Schritte müssen ihm folgen. Es ist ein Recht der Volksvertretung, mitzubestimmen bei den Angelegenheiten der auswärtigen Politik. Eine Stärkung der Rechte des Reichstages wird erfreulich sein für das deutsche Volk, für seine Stellung in der Welt und für seine Zukunft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gaußmann (Sp.):

Eine stärkere Kontrolle der auswärtigen Politik und ein stärkeres Mitarbeiten des Reichstages auf diesem Gebiet wird im Volke für unbedingt notwendig gehalten. In dieser Richtung bewegen sich die vorliegenden Anträge. Es ist erfreulich, daß auch die Konservativen einen Antrag in dieser Richtung eingebracht haben. Eine Vertiefung der Kompetenzen, ein Eindringen in die Geschäfte der Verwaltung ist durch die Anträge nicht beabsichtigt. Von der Regierung hätte auch ich gern wärmere Töne für den Antrag gehört; immerhin haben die Staatssekretäre dem Grundgedanken zugestimmt, freilich mit der Einschränkung, daß die neue Einrichtung nur für die Dauer des Krieges bestehen sollte. Auch in normalen Friedenszeiten wäre in den Sessionspausen ein Konnex mit der Regierung und Parlament erwünscht. (Sehr richtig! b. d. Sp.) Der Haushaltsausschuss hat entgegen unserem Antrage, der eine getrennte Kommission für auswärtige Angelegenheiten verlangte, sich selbst für den geeignetsten Ausschuss für diese Angelegenheiten erklärt. Seine Gründe erscheinen uns nicht durchschlagend. Er ist ja geradezu Wachsen für Alles geworden; auch ist er zu zahlreich für eine solche Kommission. Auch bin ich nicht wie der Vorredner für volle Öffentlichkeit solcher Kommissionsverhandlungen, da es sich gerade bei den Fragen der auswärtigen Politik meist um streng vertrauliche Dinge handelt. Der Einschränkung des konservativen Antrags, daß die Neuorganisation nur für die Dauer des Krieges Platz greifen soll, können wir nicht zustimmen. Wir wollen nicht, daß man später wieder in die alte Sorglosigkeit zurückfällt. (Sehr richtig!) Die geplante Kommission hätte übrigens sofort Stoff zu Beratungen: sie könnte sich recht eingehend mit der von Grey, Orlando und Taft aufgeworfenen Frage der internationalen Beretborungen nach dem Kriege und zwar gemeinsam mit der Regierung beschäftigen. Die Frage hat so viele Seiten, daß sie in aller Gründlichkeit geprüft werden muß. Aber wichtiger als das System der internationalen Garantien ist für uns jetzt das System der nationalen Garantien; ein Schritt auf dem Wege der nationalen Garantien ist der vorliegende Antrag. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Stresemann (natl.):

Die Hauptsache bei dem Antrage ist für uns die Stärkung der Rechte der Volksvertretung. Aus der Erklärung des Staatssekretärs geht nicht klar hervor, ob die geplante Regierung auch nach dem Kriege ausreicht erhalten werden sollte. Wir hoffen jedenfalls, daß bei Regierung hier nicht versagen wird. Den konservativen Antrag lehnen wir ab und werden auf jeden Fall nach dem Kriege auf diese Forderung zurückkommen. Hier würde sich also ein Konfliktpunkt ergeben, den die Regierung besser vermeiden sollte. Man kann doch nicht immer nur von Neuorientierung reden und sich diese keine Konzeption, den ersten Schritt zur Neuorientierung, gewissermaßen erst abringen lassen. (Sehr gut! links.) Wir würden für den Antrag der Kommission auch sein, wenn er wirklich einen Schritt zum parlamentarischen System bedeuten würde. Unter dem parlamentarischen System können in England die vitalsten Fragen der auswärtigen Politik in völliger Öffentlichkeit im Parlament erörtert werden. Darin liegt zweifellos ein Zeichen der Stärke. (Sehr wahr! links.) Die Stärkung der Rechte der Volksvertretung ist ein alter Grundgedanke der nationalliberalen Partei. Es ist eine alte historische Schuld, daß das Verprechen von 1813 nicht erfüllt wurde, daß man erst über 1848 zu 1870 gekommen ist. Diese Entwicklung wird leider in den Schulen ganz verzerret dargestellt. Die überlegende Persönlichkeit Bismarcks war nach 1870 der Hemmschuh der Entwicklung zum parlamentarischen System. Aber auch Bismarck war davon durchdrungen, daß eine einheitliche politische Aktion in England mit seinem parlamentarischen Regierungssystem besser durchführbar sei. Durch den mangelnden Einfluß des Reichstages wird

unsere auswärtige Politik direkt geschädigt.

(Sehr wahr! links.) Ein bedeutender deutscher Diplomat hat mir das bestätigt; als er einmal einem englischen Diplomaten entgegenhielt, die deutsche öffentliche Meinung werde sich dies oder jenes nicht bieten lassen, habe dieser erwidert: In London glaubt man, es gäbe keine öffentliche Meinung. (Hört! hört! links.) Wir müssen damit rechnen, daß die ganze Welt mehr und mehr demokratisiert wird. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Kretsch (L.):

Wir erkennen für die Zeit des Krieges die Notwendigkeit einer engeren Fühlung zwischen Regierung und Reichstag an. Den Schritt auf dem Wege zur parlamentarischen Regierung, den der Antrag der Kommission bedeutet, können wir nicht mitmachen. Es könnten sich in einem solchen Ausschuss der Parlamente auch internationale Einflüsse geltend machen, die unsere nationalen Absichten stören könnten.

Wir verlangen auch

kein Mitbestimmungsrecht bei den auswärtigen Angelegenheiten; wir wollen lediglich informiert werden. Die Verantwortung lehnen wir ab, denn in den beschleunigten Wägen der auswärtigen Politik können wir uns nicht so schnell zurecht finden. Parlamentarisch regierte Länder beweisen, daß dort die Herrschaft des größten Geldsackes herrscht, zuweilen kommt dazu die Herrschaft der Straße, wie Italien gezeigt hat.

Daß in England die auswärtigen Angelegenheiten öffentlich behandelt werden, ist unzutreffend. Für die Öffentlichkeit werden stets andere Berichte zusammengestellt, als für die Regierung. Das deutsche Volk kann aber eine solche Unebenheit seiner Regierung nicht ertragen, wie sie für das englische Volk selbstverständlich ist. (Zustimmung rechts.)

Das deutsche Volk in den Schützengräben will auch keine parlamentarische Regierung.

Der Krieg hat vielmehr deutlich gezeigt, daß trotz aller demokratischen Prinzipien die alte deutsche Kajaillentreue im deutschen Volk noch lebendig ist. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Helfferich:

Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß dem Wunsche des Reichstages nach Tagung der Kommission während der Vertagungszeit auch über den Krieg hinaus nicht Folge geleistet werden kann. Staatsrechtliche und praktische Gründe sprechen dagegen. (Zuruf: Es ist wiederholt gegeben!) In besonderen Fällen ist es geschehen und in besonderem Maße kann es auch wieder geschehen, nicht aber als Regel.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.):

Der Staatssekretär Helfferich will der Ausführung des Antrags schon im Voraus Knüttel zwischen die Beine werfen. Anstatt die generelle Zustimmung der Regierung zu dem Wunsche des Reichstages zu erklären, will er die Zustimmung von Erörterungen in einem gegebenen Fall abhängig machen. Aber auch der Reichstag muß ja seine Zustimmung zu einer längeren Vertagung geben, und ich hoffe, daß er sie in solchem Maße nur geben wird, wenn die Regierung dann der gewünschten Tagung der Kommission zustimmt. Meine Fraktion stimmt dem Antrag der Kommission zu, doch betrachten wir ihn nur als Rohbrot und keineswegs darf er dazu benutzt werden, um die Beratungen noch mehr zu verkürzen, als es bisher schon gescheht. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wir glauben auch nicht, daß durch den Antrag ein Wandel in der Führung der auswärtigen Politik herbeigeführt werden kann, vielmehr wird sich bald herausstellen, daß die schweren Mängel, die sich gerade in der Kriegszeit in der Handhabung der auswärtigen Politik gezeigt haben, nicht abgestellt werden können, und daß um so notwendiger der

Uebergang zum vollen parlamentarischen Regierungssystem

unter voller Kontrolle der Öffentlichkeit auf demokratischer Grundlage ist. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Nach den Reden der Herren Stresemann und Gröber möchte man glauben, auch sie würden für das parlamentarische Regierungssystem eintreten. Aber Herr Stresemann erklärte doch auch, Bedenken gegen das parlamentarische System zu hegen, und obwohl er sagte, daß durch Bismarck der Reichstag in Dänemark verfeuert war, fügte er doch hinzu, wenn wir einen Bismarck wieder hätten, so hätten wir den Antrag nicht eingebracht. Diese Widersprüche bitte ich doch zu betonen. Glaubt Herr Stresemann vielleicht, mit solchen Redensarten den Wurzeln des Parlamentarismus zu fassen? Herr Gröber hat sich allerdings nicht selbst desavouiert. Er hat unzweifelhaft den Willen kundgetan, die Neuorientierung

durch das Rechtsmittel des Parlaments zu erzwingen,

das im Budgetrecht liegt. Wir haben freilich noch andere Mittel, und auch das Volk hat noch andere Mittel, wenn das Parlament verlagert. (Lachen rechts.) Nach seinen Worten ist Herr Gröber gewillt, das Budgetbewilligungsrecht anzuwenden. (Zuruf des Abg. Gröber.) Wozu tragen Sie denn solche Redensarten vor? Das Volk wird allerdings von seinen Abgeordneten verlangen, daß sie der Regierung gegenüber alle parlamentarischen Rechtsmittel anwenden, um das unverfälschte parlamentarische System zu erzwingen. Rechte hat man dazu, um sie anzuwenden. (Zustimmung b. d. Sozialdem. Arbeitern.) Wenn Sie es nicht wollen, wird das Volk dafür sorgen, daß Männer in den Reichstag kommen,

die es tun. — In einem stimmen wir alle überein, daß unsere auswärtige Politik nicht übermäßig an impotanten Leistungen leidet. (Weiterkeit.) Ich glaube aber nicht, daß das nur an den Personen liegt. Ich wünschte ja, daß die vertraulichen Verhandlungen der Budgetkommission dem ganzen Volke zur Kenntnis gebracht werden könnten, damit das Volk sieht, welche phänomenalen Verweise von Inkompetenz dort erbracht wurden. Leider verbiethet es mir die Vertraulichkeit der Verhandlungen, den Beweis dafür anzutreten. Also ich sage, es liegt nicht an den Personen, sondern an dem ganzen System. Der gesamte diplomatische Apparat, die ganzen internationalen Beziehungen müssen auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Sie müssen heraus aus der Geheimdiplomatie der Geheimdiplomatie. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die nicht besser werden, auch wenn noch ein paar freiwillige Parlamentarier mit in das Vertrauen gezogen werden. (Weiterkeit.) Eine Besserung kann nur erreicht werden, wenn die Beziehungen der Staaten untereinander, anstatt durch eine Anzahl sogenannter berufsmäßiger Diplomaten in geheimen Verhandlungen, in Zukunft in öffentlichen, geradezu parlamentarischen Verhandlungen durch Vertretung seitens der einzelnen Staaten auf Kongressen öffentlich erörtert werden. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Dann erst ist die Hauptursache aller Kriege beseitigt werden, denn

die Völker wollen nicht den Krieg.

(Sehr wahr!) Die Kriege werden angezettelt in den Geheimkabinetten der Diplomatie, und die Völker erfahren erst, was geschehen ist, wenn der Karren in den Dreck hineingefahren ist und jene Leute nicht in der Lage sind, ihn wieder herauszuziehen. Dann müssen die Völker mit ihrem Blut, mit ihrem Geld, mit ihrer ganzen Existenz dafür büßen, daß sie der Geheimdiplomatie die wichtigsten Angelegenheiten der Völker überlassen haben. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Diese Kriege werden alle Völker aus diesen Kriegsjahren ziehen, und unsere Aufgabe wird es sein, die Völker darüber aufzuklären. Was für unwürdige Zustände wir jetzt haben, dafür nur ein Beispiel aus den letzten großen Reichstagsverhandlungen. Der Reichskanzler nimmt hin und wieder hier das Wort und gibt Auskunft über seine Auffassung der Kriegsverhältnisse, der Friedensfrage usw. Auskünfte, die immer anmuten wie spöttische Rätsel. Und dann kommen

die parlamentarischen Höherpriester

Geheimerheit) hinter diesen Drakeln der und roten herum, was die Sybing eigentlich gemeint hat. Das letztemal trat zuletzt Herr Scheidemann auf und erklärte — er fühlte sich ja als Mundstücker des Reichskanzlers (Geheimerheit b. d. Soz. Arb.) — der Reichskanzler sah dabei und sagte kein Wort. Dann bewies Herr Wasser-

Man hat also für den Antrag der Kommission, mühten aber entschiedensten Einspruch dagegen erheben, wenn etwa die geplanten Kommissionsberatungen dazu ausgenutzt werden sollten, um die Plenarberatungen zu beeinträchtigen. Zu meiner Freude hat auch der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion der Abg. Gradnauer, erklärt, daß davon keine Rede sein dürfe. Ich begrüße das, weil leider ein Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion es für eine fortschrittliche Entwicklung erklärt hat, wenn das Schwergewicht der parlamentarischen Tätigkeit in die Kommissionsberatungen hineingelegt werde. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Leider ist es Tatsache, daß in den letzten Jahren nicht nur während des Krieges die Kommissionsberatungen überwuchert und die Plenarberatungen immer mehr zurückgetreten sind. Das hängt vor allem zusammen mit dem unglücklichen Diktatengesetz, welches geradezu eine Brücke auf die Verengerung der Sitzungsstage und die Verlängerung der Sitzungstendenzen setzt. Dies Gesetz muß also unter allen Umständen geändert werden. Bei der weiteren Entwicklung der politischen Geschäfte in Deutschland wachsen naturgemäß auch die Arbeiten des Reichstags immer mehr an. Deshalb ist eine

Ausdehnung, nicht eine Verkürzung der Sitzungsperioden notwendig.

Es handelt sich hier vor allem um die Frage: entweder Beibehaltung des bürokratischen Systems, wie wir es jetzt haben, oder Schaffung eines vollständigen demokratisch-parlamentarischen Systems, wo die Minister lediglich der amtierende Ausschuss des Parlaments sind. Darin liegt die einzige Lösung der Kamalität, unter der wir jetzt leiden. Diese Lösung herbeizuführen wird die Aufgabe der alternativen Zeit sein. Die Weltgeschichte markiert jetzt mit Siebenmeilenstiefeln. Ich hoffe noch zu erleben, daß die Parlamente in allen Staaten auf breitere demokratische Grundlage gestellt werden. Dazu gehört aber, daß auch die Frauen das Wahlrecht bekommen und im Parlament vertreten sind. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Durch die Kriegserfahrungen ist auch der einzige Einwand widerlegt worden, der immer dagegen erhoben wurde: daß die Frauen nicht Kriegsdienst tun. In allen Ländern wird jetzt von allen Parteien gerühmt, wie außerordentlich wirksam die Frauen heutzutage die Männer unterstützen. Dann muß man ihnen aber auch das Wahlrecht geben und erst dadurch das ganze Volk zur Mitwirkung bei der Erledigung der Reichsgeschäfte heranziehen, die in vollster Öffentlichkeit, nicht in geheimen Konventikeln geführt werden müssen. Die Reorientierung dürfen Sie nicht als Geschenk von der Regierung erwarten, sondern sie kann nur erkämpft werden mit allen Mitteln, die dem Parlament und dem Volke zu Gebote stehen. (Lebhafte Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. v. Nichtsofen (natl.):

Mit der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Helfferich können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir wünschen die geplante Neuordnung auch für die künftige Friedenszeit. Wir wollen doch vorwärts in den ganzen Fragen — und denken nicht daran, nachher im Frieden wieder einen Schritt rückwärts zu machen. Hoffentlich führt das nicht zu späteren Konflikten. Herrn Reich möchte ich bemerken: reaktionärer, rückwärtlicher geistigt werden die Männer aus den Schützengräben nicht nach Hause kommen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Sivkovich (Rp.):

Der Staatssekretär Jagow hat dem Grundgedanken des Antrages der Kommission zugestimmt, der Staatssekretär Helfferich dagegen will die Zustimmung auf die Dauer des Krieges beschränken und nachher den Reichstag wieder zur Diktatur in den auswärtigen Dingen verurteilen. Aber gerade das wünscht das Volk nicht, und gerade aus den allgemeinen, auch im Frieden zutreffenden Erwägungen haben wir die Anträge eingebracht. Der Reichstag muß Einfluß haben bei den Schicksalsfragen des deutschen Volkes. (Beifall bei der Rp.)

Die Debatte ist erschöpft. Das Haus vertagt sich auf Freitag 3 Uhr. (Kleine Anfragen, Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Anträge bezüglich Strafverfahren gegen den Abgeordneten Liebschütz; Nachträge zum Reichshaushalt (Kriegskredit), Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Budgetkommission über politische Zensur, Gefangenenbehandlung, Belagerungszustand, Abstimmung über die heute verhandelten Anträge.)

Schluß 7/7 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Die rumänische Petroleumindustrie.

Mit dem Vordringen der deutschen und der verbündeten Truppen in Rumänien gewinnt für uns das rumänische Petroleum wieder besondere Bedeutung. Ueber die Erzeugung und den Außenhandel Rumäniens an Petroleum gibt der folgende Bericht des „Moniteur du Pétrole Roumain“ für das Jahr 1913 Aufschluß.

Die Produktion von Rohpetroleum in Rumänien erreichte im Jahre 1913 die nachstehenden Mengen.

Table with 4 columns: District, 1913 Tons, 1912 Tons, 1913 against 1912 Tons. Rows include Bezirk Braşova, Grube Norani, Campina, Puffenari, etc.

Von den bedeutendsten Aktiengesellschaften wurden in den Jahren 1913 (und 1912) die folgenden Höhlmengen (in Tonnen) gefördert:

Astra Romana 444 025 (447 790), Steaua Romana 402 360 (411 752), Romana Americana 333 228 (206 147), Concordia 83 127 (140 068), Internationala 41 451 (74 665), Orion 75 274 (74 152), Colombia 226 770 (209 630), Trajan 22 621 (26 588), Alfa 27 888 (16 433), Roumanian Oilfields Ltd. 62 681 (47 976), Aquila Franco Romana 17 700 (15 959),

Raphtha 23 066 (14 372), Anglo-Roumanian Petrol Co. Ltd. 12 974 (12 309).

Die Ausfuhr von Petroleumprodukten aus Rumänien erreichte in dem Jahre 1913 im Vergleich zum Vorjahre die nachstehende Höhe:

Table with 4 columns: Product, 1913 Tons, 1912 Tons, 1913 against 1912 % change. Rows include Rohpetroleum, Rückstände, Mineralöl, Brennpetroleum, Benzin, Paraffin.

Von der Gesamttausfuhrmenge im Jahre 1913 in Höhe von 1 036 446 Tonnen (1912: 846 423 Tonnen) gingen nach Deutschland 126 295 Tonnen (84 041 Tonnen).

Gesund geworden.

Die Bilanz der Schlesienschen Zellulose- und Papierfabrik A.-G. in Cunnersdorf für 1913/1914 ergibt einen Bruttogewinn von 831 490 M., aus denen die frühere Unterbilanz von 857 417 M. gedeckt sowie Abschreibungen von 320 960 M. vorgenommen werden sollen. Nach Abhebung von Arbeiterunterstützungen und Gratifikationen verbleibt ein Ueberschuß von 74 347 M., der auf das neue Jahr vorgetragen werden soll.

Ausfuhrverbot.

In Holland ist die Ausfuhr von wilden Kastanien, Bucheckern und Eichen verboten worden.

Das Wachsen der dänischen Ausfuhr.

Während des Krieges stieg die Ausfuhr Dänemarks auf 800 Millionen Kronen, das heißt, sie vermehrte sich um 550 Millionen Kronen.

Soziales.

Verurteilung zur Zahlung laufender Unterstützung bis Kriegsende.

Arbeitgeber, die bei Kriegsbeginn den einberufenen Angestellten oder deren Ehefrauen eine laufende Unterstützung für die Kriegszeit zusagten, suchen jetzt vielfach von dieser Verpflichtung loszukommen. Daß aber eine einmal gegebene feste Zusage unanfechtbar ist, mag der Krieg auch noch so lange dauern, lehrt ein vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zur Entscheidung gekommener Prozeß.

Der Kläger M. war Buchhalter bei der belagerten Viehkommissionsfirma Sch. u. Zimmermann, deren jetzige Inhaber Strelow u. Zimmermann zurzeit in bitterer Fehde miteinander liegen. Zwischen beiden Inhabern schwebt wegen der Auflösung der Firma jetzt der Prozeß beim Reichsgericht. Der bei Kriegsausbruch zum Heeresdienst einberufene Kläger hatte von der Ehefrau des Inhabers Sch. die Zusage erhalten, daß er nach dem Kriege wieder eintreten solle und bis dahin seine Ehefrau einen monatlichen Gehaltsanteil von 100 M. erhalte. Dies Versprechen wurde bis Juli dieses Jahres auch von der Beklagten innegehalten. Im August und September zahlte sie aber nur je 50 M., mit der Begründung, der als Vertreter eingestellte Buchhalter hätte Zulage erhalten müssen. — In der Verhandlung zeigte sich merkwürdigweise, daß der Witinhaber St. gern bereit war, dem Kläger die 100 M. bis zur Beendigung des Krieges zuzuerkennen, während der Beklagte Sch. nichts davon wissen wollte. Er wandte ein, daß er für unüberlegte Zusagen seiner Frau nicht einstehen könne; es sei auch unbillig, von ihm zu verlangen, daß er die Frau des Klägers auf unübersehbare Zeit — der Krieg könne ja noch jahrelang dauern — alimentieren müsse. Daß seine Frau, die dem Kläger die Zusage machte, im Geschäft mitarbeitete und daß auch zwei Jahre lang die Zusage seitens der Firma erfüllt wurde, vermochte Sch. nicht abzuleugnen.

Dem Antrage des durch seine Frau vertretenen Klägers — er selber steht zurzeit an der Front — auf Zahlung der restlichen je 50 M. für August und September und von 100 M. für jeden weiteren Monat bis Beendigung des Krieges, längstens aber bis Auflösung der Firma, gab das Kaufmannsgericht in vollem Umfange statt. Die für die Firma von der Frau des Inhabers abgegebene Zusage, die zwei Jahre gehalten wurde, müsse auch bis zu Ende innegehalten werden.

Von der Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft für Rheinland-Westfalen.

Der Bericht für das Jahr 1913 gibt folgende Daten an. Zu der Genossenschaft gehören neun Sektionen: Essen, Oberhausen, Düsseldorf, Köln, Aachen, Dortmund, Bochum, Hagen und Siegen. Die Zahl der Betriebe beträgt 214. Während die Zahl der beschäftigten Personen in Essen sich gegen das Vorjahr um 14 889 auf 52 541 vermehrt hat, ist sie in den übrigen Sektionen gesunken. Die Gesamtzahl der Versicherten betrug 188 699 (i. V. 181 253). Die Lohnsumme stellte sich auf 372 098 399 M., auf den Kopf der Versicherten 1976,83 M. Dabei mag bemerkt werden, daß ungeheuer viel Ueberschichten bzw. Ueberschichten gemacht werden. Die angemeldeten Uefälle betragen 32 239, das macht auf 1000 Personen 170,80 Uefälle — eine Rekordziffer. Die Entschädigungssumme betrug insgesamt 5 561 102 Mark für 2124 Uefälle. Davon waren tödlich 261, 15 tödlich erwerbsunfähig, teilweise 1072 und vorübergehend erwerbsunfähig 770.

Gerichtszeitung.

Unfall eines Kindes beim Kirchenglockenläuten.

Der vielfach in kleinen Städten und auf dem Lande bestehende Mißbrauch, Kinder zum Läuten der Kirchenglocken heranzuziehen, kam am Montag vor dem Reichsgericht zur Sprache.

Ein zwölf Jahre alter Schulknaabe half beim Läuten der großen Glocke auf dem Turme der Rikolafkirche zu Gardelegen. Das Läuten dieser Glocke erfolgt nicht durch ein Seil. Die Glocke hängt oben am Glockenboden an einem Tragbalken, an dem quer davon ein sogenannter Treibbalken angebracht ist. Zwei Personen, die auf dem Standbalken stehen, müssen mit dem einen Fuß den Treibbalken herumtreten; dadurch setzt sich die Glocke in Schwingung und läutet. Der Schulknaabe ist nun, als er beim Läuten half, mit seinem linken Fuß von dem Standbalken abgerutscht und zwischen Standbalken und Treibbalken geraten; dabei ist ihm von der zurück-schwingenden Glocke der Fuß so stark gequetscht worden, daß er abgenommen werden mußte. Die Mutter des unglücklichen Jungen verklagte die evangelische Kirchengemeinde in Gardelegen auf Schadenersatz. Sie verlangt außer den Heilungskosten ein Schmerzensgeld und eine jährliche Rente von 1000 Mark.

Das Landgericht Stendal wies die Klage ab. Vom Oberlandesgericht Raumburg dagegen wurde die Entscheidung von einem Eide der sämtlichen Mitglieder des Kirchenvorstandes abhängig gemacht. Wenn sie schwören, daß sie keine Kenntnis davon hatten, daß schulpflichtige Kinder beim Läuten der Glocke halfen oder doch in dem Glockenraum zugelassen wurden, soll die Klage abgewiesen werden; verweigert aber ein Vorstandsmittglied den Eid, so soll die beklagte Kirchengemeinde dem Grunde nach zum Schadenersatz verurteilt werden.

Die hiergegen von der Mutter eingelegte Revision machte mit Erfolg geltend, daß es auf den Eid der Kirchenvorstandsmittglieder gar nicht mehr ankommen könne; das Oberlandesgericht habe übersehen, daß die Beklagte in den Vorinstanzen selbst geltend gemacht habe, es sei hergebracht und in kleinen Städten allgemein üblich, daß Schulkinder beim Läuten helfen; daraus folge schon die Kenntnis des Kirchenvorstandes, daß tatsächlich Kinder beim Läuten halfen; dann aber, wenn das der Vorstand der Kirchengemeinde gewußt habe, hätte entweder der gefährliche Zustand beseitigt oder aber den Schulkindern der Zutritt zum Glockenraum unmöglich gemacht werden müssen. — Das Reichsgericht stimmte diesen Ausführungen zu. Es hob das angefochtene Urteil auf und wies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurück.

Ungültige Verordnung eines Militärbesprechers.

Der Gouverneur der Festung Köln hatte durch Anordnung vom 20. November das Füllleder beschlagnahmt und Höchstpreise für Leder festgesetzt. Der Lederfabrikant Gennes sollte die Verordnung übermitteln haben und war zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er Leder an Heereslieferanten abgegeben hatte, bevor der schriftliche Auftrag einer amtlichen Beschaffungsstelle der Heeresverwaltung ihm selber vorlag.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Nach ihrer Einleitung sei die Verordnung des Gouverneurs erlassen auf Grund des § 9b des Belagerungsgegesetzes, des Höchstpreisgesetzes und der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung des Heeresbedarfes. Dann sage die Verordnung, daß Zuwiderhandlungen gemäß den in der Anordnung genannten Gegeben zu bestrafen seien. Damit seien auch die Strafvorschriften des Höchstpreisgesetzes und der Verordnung über die Sicherstellung des Heeresbedarfes angezogen beziehungsweise entsprechende Strafungen angedroht worden. Damit seien aber als Höchststrafen auch geringere Strafen angedroht, als sie der § 9b des Belagerungsgegesetzes vorsehe. Das dürfte aber nicht geschehen. Deshalb sei die Verordnung ungültig und unanwendbar.

Aus aller Welt.

Die „Einheitsverbundsbremse“ für Güterzüge.

Einem der Presse zugestellten Bericht entnehmen wir folgendes: Eine der wichtigsten Fragen der Eisenbahntechnik, die Frage der durchgehenden Bremsung der Güterzüge, ist ihrer endgültigen Lösung um ein erhebliches Stück nähergerückt. Welcher gewaltige Fortschritt in dieser Tatsache liegt, kann der Laie nur schwer ermessen. Ihm wird vor allem bemerkbar werden, daß der schier historisch gewordene Bremser in den zahlreichen Wagenhäuschen der Güterzüge allmählich verschwindet. Daß aber — neben dieser Personalerparnis — die einheitliche Bremsung aller Züge durch den Lokomotivführer noch mancherlei andere wichtige Vorteile bietet, das kann nur der Fachmann in vollem Umfange würdigen, weil nur er zu übersehen vermag, wie eng die Beschleunigung des Zugverkehrs und damit die Ausnutzungsmöglichkeiten einer Eisenbahnstrecke mit der Bremsfähigkeit der auf ihr fahrenden Züge zusammenhängen. Manche Ueberholungsgeleise, vielleicht mitunter auch dritte und vierte Geleise können erparnt, die Fahrzeuge können besser ausgenutzt und die Betriebssicherheit darf als wesentlich erhöht betrachtet werden, wenn erst einmal die langen und ungleichmäßig belasteten Güterzüge gleich den Personenzügen familiär einem einfachen Handgriff des Lokomotivführers gehorchen.

Bereits im Mai d. J. hat die preussisch-hessische Staatseisenbahnverwaltung die sogenannte „Einheitsverbundsbremse“ als das Ergebnis langjähriger Arbeiten dem Nachahrsfuß der deutschen Staatseisenbahnverwaltungen in praktischen Versuchen vorzuführen veranlaßt, und der Ausschuss hat auf Grund jener Versuche diese Bremse einstimmig als die zur Einführung für Güterzüge geeignete Bauart bezeichnet.

In dieser Woche sollen hier in Berlin die Versuche in Gegenwart von berufenen Vertretern der österreichischen und ungarischen Eisenbahnverwaltungen fortgesetzt und abgeschlossen werden, und es steht zu hoffen, daß damit der Anfang gemacht ist zu einem großen und gemeinsamen Vorhaben in dem Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen, der bekanntlich auch die österreichischen und ungarischen Eisenbahnverwaltungen mitumfaßt.

Ein Gerichtsdiplom. Die am 5. November beginnende Schwurgerichtsperiode am Landgericht Berlin fällt aus, da kein einziger Fall zur Aburteilung vorliegt. Es wird nicht viele Gerichte selbst in dem Krieg verschonten Staaten geben, die sich so idyllischer Zustände zu erfreuen haben, bemerkt dazu nicht mit Unrecht die „Nationalzeitung“, der wir diese Mitteilung entnehmen.

Fliegerunglück in Frankreich. Die „Petit Parisien“ teilt mit, stießen in Tours zwei Flugzeuge in der Luft zusammen, wobei drei Personen den Tod fanden.

Große Eisenbahnpläne in Rußland. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Für das Jahr 1917 werden 2833 Millionen Rubel für den Bau neuer Staatsbahnen und zur Ausdehnung des bereits bestehenden Eisenbahnnetzes ausgedacht. Im Jahre 1917 wird mit dem Bau von elf Linien begonnen werden. Zu diesen gehören: die Bahnen von Kijaw nach Tula, von Moskwa nach Kassin und Jenez, von Rischan-Romgorod nach Simbirsk und Kinel, von Kozlas nach Soroki. Schließlich eine transsibirische Eisenbahn. Die Gesamtlänge aller dieser Linien wird 7777 Werst betragen.

Vertragsverhandlungen für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Glemlich mild, vormittag erdrbe mit weitverbreiteten, östlich der Oder meist geringen, im Westen stärkeren Regenschauern; dazwischen zeitweise aufklaren.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stadtkr. 5, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Rückhabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Vielfache Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbeziehung beizugeht, ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Gedächtnisse und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

- M. P. 124. 1. Sterbeurkunde des verstorbenen Gemannes und Ihre Geburtsurkunde. 2. Ja, wenn Bedürftigkeit vorliegt. 3. Anspruch auf Kriegswiderrückente besteht. — R. R. 35. Die Hamburger Lotterie zu spielen, ist jetzt noch in Preußen verboten. — C. R. 99. 1. Ja. 2. Nein. — G. R. 100. 1. Unannehmlich; dauernd garnison- und arbeitsverweidungsunfähig. 2. Wahrscheinlich nicht. 3. Eine solche Gefahr besteht in Ihrem Falle wohl nicht. 4. Frauen, Gezeiten 7-8. Vierteljährlich 3,42 M. — G. R. 21. Neben Sie ist an die Gesundheitsbehörde, die bei den von Ihnen geschilderten Verhältnissen sofort für Räumung der Wohnung Sorge tragen wird. — R. 100. Sie können die Arbeit nicht ohne weiteres einstellen. Sie müssen beim Bezirkskommando unter Vorlegung Ihres Gesundheitszustandes um Abkommandierung nach einem anderen Betrieb ersuchen. — R. R. 70. Dienstunfähig; herzleidend. — R. P. 46. Wenn keine besondere Abhängigkeit vereinbart ist, so besteht bei monatlicher Mietzahlung Kündigung am 15. zum 1. des nächsten Monats. — R. G. 100. Nein. Sie müssen dazu die Erlaubnis des Führers haben. — Quelle II. Ihre Angaben sind uns durchaus unverständlich. Sie mühten sich doch zu uns in die Sprechstunde kommen. — R. R. 10. Sie mühten sich mit einem Gesuch um Erteilung des Rentenbescheides an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt wenden. Die Rente mühte in diesem Falle 230 M. betragen. — R. R. 1313. Sie brauchen sich nicht zu melden. — R. R. 100. Die Auszahlung der Rente erfolgt erst nach Uebersendung an dem Heeresdienst. — R. R. 20. 1. Sie haben keinen Anspruch auf Altersrente, da Sie viel zu wenig Marken gezeichnet haben. 2. Bedenken Sie sich mit dieser Anfrage an den Vorstand der Quismacher, Engelauer 14/15. — 106. R. R. Die Landesversicherung kann nicht verpflichtet werden, Ihnen diese Hilfsmittel zu gewähren. — G. R. 19. Sie sind weiter versicherungspflichtig. — P. P. 100. Sie haben unversichert diese Zulage zu verlangen.